



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

21/2021 vom 12.11.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	7
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	13
Energie.....	14
Digital.....	15
Forschung.....	17
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	18
Soziales.....	19
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	22
Umwelt.....	24
Justiz.....	26
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	30
EU-Förderprogramme.....	30
Veranstaltungen.....	32
Vorschau.....	34

### **Kommission; Konsultation zur europäischen Bevölkerungsstatistik**

Die Kommission hat am 30.09.2021 eine bis zum 23.12.2021 laufende Konsultation zum Thema „Datenerfassung – Europäische Bevölkerungsstatistik“ gestartet. Deren Ziel ist die Erarbeitung eines Vorschlags zur Neugestaltung der europäischen Bevölkerungsstatistik. Durch die Neugestaltung soll sichergestellt werden, dass angesichts der demografischen, migrationsbedingten, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Gesellschaft Bevölkerungsstatistiken relevant, kohärent und vergleichbar bleiben. Im Rahmen der Konsultation werden zum einen die bestehenden EU-Rechtsvorschriften rückblickend bewertet und zum anderen zukunftsorientierte Modernisierungsoptionen thematisiert.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12958-Datenerfassung-Europaische-Bevolkerungsstatistik\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12958-Datenerfassung-Europaische-Bevolkerungsstatistik_de)

## Corona

### **Kommission; Weitere Unterstützung für rumänische Krankenhäuser**

Am 29.10.2021 teilte die Kommission mit, weitere Unterstützung für ROM bereit zu stellen, wo derzeit viele COVID-19 Fälle zu verzeichnen sind. Über den zivilen Schutzmechanismus der EU haben DNK und POL Ärztinnen und Ärzte entsandt. Ebenfalls über den zivilen Schutzmechanismus entsandten Serbien, AUT, DNK, FRA, DEU, ITL, NDL, POL und die SLK monoklonale Antikörper, Antigentests und weiteres Material. DEU beteiligte sich mit 12.750 Dosen monoklonaler Antikörper. Aus den Reserven der EU wurden in den letzten zwei Wochen weitere 350 Sauerstoffgeräte nach ROM gebracht. Diese ergänzen die 200 Sauerstoffgeräte, die bereits vor einem Monat nach ROM geschickt wurden.

[https://ec.europa.eu/echo/news/coronavirus-eu-medical-teams-deployed-romania\\_en](https://ec.europa.eu/echo/news/coronavirus-eu-medical-teams-deployed-romania_en)

### **Rat; Einreise aus Drittländern in die EU**

Am 28.10.2021 hat der Rat die Liste der Drittländer aktualisiert, für die die COVID-19-Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten. Diese Aktualisierung erfolgt alle zwei Wochen im Rahmen der Empfehlung zur schrittweisen Aufhebung der vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU. Insbesondere wurden Singapur und die Ukraine von der bisherigen Liste gestrichen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/covid-19-travel-into-the-eu/>

### **EuG; Beschluss des Präsidenten des Gerichts der EU zum Covid Safe Ticket**

Am 29.10.2021 fasste der Präsident des Gerichts der EU (EuG) in der Rechtssache T-527/21 R den Beschluss, den Antrag auf Aussetzung des Vollzugs der Verordnung zur Festlegung eines gemeinsamen Rahmens für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung von Zertifikaten abzuweisen. Um die Ausbreitung des Schweren Akuten Respiratorischen Syndroms (SARS-CoV-2) einzudämmen, hatten die Mitgliedstaaten bestimmte Maßnahmen ergriffen, die die Ausübung des Rechts der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, beeinträchtigen. Am 30. 08.2021 reichten mehrere Unionsbürgerinnen und Unionsbürger beim EuG eine Klage auf vollständige oder teilweise Nichtigerklärung der Verordnung ein. Am 31.08.2021 stellten diese außerdem einen Antrag auf einstweilige Anordnung, um die sofortige und vorläufige Aussetzung der Vollstreckung der Bestimmungen über die Ausstellung, Überprüfung und grenzüberschreitende Anerkennung von Bescheinigungen zu erreichen. Der Präsident

des EuG kommt zu dem Ergebnis, dass die Kläger nicht nachgewiesen haben, dass die Voraussetzung der Dringlichkeit erfüllt ist, so dass er den Antrag auf einstweilige Anordnung zurückwies, ohne zusätzlich die Voraussetzung des Vorliegens eines Anscheinsbeweises oder einer Interessenabwägung geprüft zu haben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=0F504629695991E6104EF84560ED4614?text=&docid=248401&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=40688188>

### **EMA; Abbruch des Zulassungsverfahrens für bamlanivimab und etesevimab von Lilly**

Am 02.11.2021 teilte die europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, das Zulassungsverfahren für die monoklonalen Antikörper bamlanivimab und etesevimab des Herstellers Lilly auf Wunsch des Herstellers abgebrochen zu haben. Die monoklonalen Antikörper sollten zur Behandlung von COVID-19 eingesetzt werden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-ends-rolling-review-antibodies-bamlanivimab-etesevimab-covid-19-following-withdrawal-lilly>

### **EMA; Zusätzliches Zulassungsverfahren für Molnupiravir eingeleitet**

Am 09.11.2021 teilte die europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, angesichts der steigenden COVID-19 Fallzahlen ein zusätzliches Zulassungsverfahren für das Medikament Molnupiravir einzuleiten, welches den Verlauf von COVID-19 Erkrankungen abmildern soll. Die EMA führt bereits ein reguläres Zulassungsverfahren für Molnupiravir durch und wird dieses auch weiterführen. Bei dem zusätzlichen Zulassungsverfahren handelt es sich um ein verkürztes Zulassungsverfahren, welches aufgrund der Dringlichkeit der Situation durchgeführt wird.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/covid-19-ema-heads-medicines-agencies-update-molnupiravir>

### **Kommission; Neuer Impfstoffvertrag mit Valneva**

Am 10.11.2021 teilte die Kommission mit, den mittlerweile achten Vertrag mit einem Pharmaunternehmen über den Ankauf seines potenziellen Impfstoffs gegen COVID-19 genehmigt zu haben. Im Gegenzug für das Recht, innerhalb des nächsten Jahres 27 Mio. Impfstoffdosen ankaufen zu können, finanziert die Kommission einen Teil der Vorlaufkosten des Impfstoffherstellers. Der Impfstoffhersteller ist das europäische Unternehmen Valneva, das einen Impfstoff mit inaktivierten Viren entwickelt, sogenannten Totimpfstoffen, wie sie bereits seit 70 Jahren z.B. bei Grippe-Impfstoffen zum Einsatz kommen. Der Impfstoff von Valneva ist derzeit der einzige Impfstoffkandidat gegen COVID-19 auf der Basis inaktivierter Viren, der derzeit in Europa in klinischen Studien getestet wird.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_5784](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5784)

### **ECDC; Aktualisierung des Impfstoff-Trackers**

Am 10.11.2021 teilte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) mit, den Impfstoff-Tracker aktualisiert zu haben. Der Impfstoff-Tracker ist eine Internetseite, auf der die Zahlen zum Vertrieb und Nutzen der COVID-19 Impfstoffe in der EU wiedergegeben werden. Mit der Aktualisierung können dort auch Zahlen zu Auffrischimpfungen und zu Impfungen in verschiedenen Altersgruppen abgelesen werden.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/new-update-ecdc-covid-19-vaccine-tracker>

### **Kommission; Brexit; Umsetzung des Nordirland-Protokolls**

Am 05.11.2021 kamen Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und der britische Minister David Frost erneut zusammen, um die weitere Umsetzung des Nordirland-Protokolls zu diskutieren. In der anschließenden Erklärung wies der Vizepräsident darauf hin, dass das Kommissionspaket aus dem Oktober ein großer Schritt für die EU gewesen sei, auf den GBR bisher in keiner Weise eingegangen sei. Das Paket sei darauf ausgelegt, das Protokoll auf der „Überholspur“ zu einem Erfolg zu führen, bei dem die Menschen in Nordirland im Vordergrund stünden und zollbezogene Probleme zu einem Großteil beseitigt würden. Für die EU sei dies ein komplett neues Modell dafür gewesen, wie Güter zwischen GBR und Nordirland bewegt werden könnten. Die nächsten Gespräche würden zeigen, in welche Richtung sich die Verhandlungen bewegen. Derzeit sei aber viel darüber zu hören, dass GBR Artikel 16 des Protokolls auslösen wolle und damit jegliche Warenkontrollen zwischen GBR und Nordirland aussetzen wolle, was wiederum eine Gefahr für den EU-Binnenmarkt darstelle. Hier betonte Šefčovič, dass solche Aktionen zu ernsthafter Instabilität und Unvorhersehbarkeiten in Nordirland führen werden und die Beziehungen beider Seiten ernsthaft belasten würde.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH\\_21\\_5844](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_21_5844)

### **Kommission; EU zahlt 60 Mio. EUR an Moldau zur Stärkung der Kooperation**

Am 28.10.2021 gab die Kommission bekannt, die Kooperation der EU mit der Republik Moldau weiter stärken und ausweiten zu wollen. Zusätzlich zu den Maßnahmen, die im EU-Moldau-Assoziationsabkommen vereinbart wurden, werde die EU demnach 60 Mio. EUR durch ein zusätzliches Budget-Hilfsprogramm an Moldau zahlen, um so die Folgen der schweren Gasversorgungskrise einzudämmen. Im Rahmen des EU-Moldau-Assoziationsrates wurde zudem die bestehende Zusammenarbeit bestätigt und u.a. auch die Zusammenarbeit im Rahmen der Freihandelszone zwischen der EU und Moldau bekräftigt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen äußerte in einem Statement, dass die EU auch weiterhin fest an der Seite der Republik Moldau stehen werde, um einem Partner dabei zu helfen, komplizierte Herausforderungen zu überwinden, die vor allem den Energie-, Wirtschafts- und Gesundheitssektor betreffen. Zudem werde man die Reformbemühungen des Landes nachhaltig unterstützen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_5601](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_5601)

### **Kommission; Rat; Lage an der Grenze zwischen Polen und Belarus**

Am 08.11.2021 erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die Instrumentalisierung von Migranten für politische Zwecke durch Belarus nicht hingenommen werden könne. Die belarussischen Behörden müssten begreifen, dass sie auf diese Weise, also durch das Ausüben von Druck auf die EU, ihre Ziele nicht erreichen würden. Sie habe mit den Ministerpräsidenten POL, LIT und LET gesprochen, um in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen die EU ergreifen könne, um die Mitgliedstaaten (MS) in ihren Anstrengungen zur Bewältigung der Krise zu unterstützen. Gleichzeitig rief sie die MS dazu auf, die erweiterte Sanktionsregelung gegen die belarussischen Behörden zu billigen. Der Rat reagierte darauf am 09.11.2021 und setzte die Visaerleichterungen für Angehörige belarussischer Behörden aus. Dadurch ergeben sich für die Betroffenen vor allem neue Bedingungen bei den Dokumenten, die für ein Visum benötigt werden, die Visagebühren steigen und die Ausstellung von mehreren Visa werde eingeschränkt. Der Rat verurteilte die Instrumentalisierung von Migranten durch das Regime in Belarus aufs Schärfste.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_21\\_5867](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_5867)

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12825-2021-INIT/de/pdf>

## **EP; Sorge über Lage an der Grenze zu Belarus**

Am 10.11.2021 kamen die MdEP zu einer Plenardebatte mit dem Hohen Vertreter der EU (HV), Josep Borrell, zusammen, um über die Lage an der Grenze zwischen Polen und Belarus zu diskutieren. Die MdEP verurteilten dabei erneut die Taktik des Regimes in Belarus, wonach man Migrantenströme instrumentalisieren, um Druck auf die EU auszuüben. Borrell wies dabei erneut darauf hin, dass die EU derzeit gemeinsam mit den Herkunftsländern weitreichende diplomatische Bemühungen unternahme, um Lösungen zu finden und zu verhindern, dass weitere Migranten an die Grenze geraten. Dazu äußerten sich einige MdEP besonders besorgt, da sich damit auch die humanitäre Lage an der Grenze weiter verschlechtere. Die Menschen vor Ort seien zwischen den Grenztruppen beider Seiten gefangen und zudem den winterlichen Wetterbedingungen ausgesetzt. Die MdEP forderten die polnische Regierung dazu auf, die anhaltende aggressive Zurückdrängung von Migranten nach Belarus zu beenden und die Unterstützung der EU-Agenturen bei der Bewältigung der humanitären Lage zu akzeptieren.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211110IPR17001/abgeordnete-besorgt-uber-humanitare-lage-an-grenze-zwischen-polen-und-belarus>

## **Kommission; Rede der Kommissionspräsidentin anlässlich COP26 in Glasgow**

Am 01.11.2021 nahm Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an der UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow teil und mahnte die Teilnehmer in ihrer Rede entscheiden zu müssen, auf welcher Seite man stehen wolle. Alle auf der Konferenz versammelten Länder müssten nun alles in ihrer Macht Stehende tun, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Europa werde mit seinem Green Deal alles daransetzen, der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Alle, auch die EU, müssten nun jedoch an Tempo zulegen, um dies zu erreichen. Die Kommissionspräsidentin zählte vier Punkte auf, die unerlässlich seien, um oben genannte Ziele zu erreichen. Erstens müssten die Emissionen bis spätestens 2030 drastisch gesenkt werden. Zweitens müssten sich alle auf ein robustes Regelwerk verständigen, um z.B. globale CO<sub>2</sub>-Märkte Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen sei unabdingbar. Drittens müssen Finanzmittel für den Klimaschutz mobilisiert werden, damit gefährdete Staaten sich anpassen und den Sprung hin zu sauberem Wachstum schaffen können. Viertens müssen verfügbare Innovation und Technologie auch genutzt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH\\_21\\_5741](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_21_5741)

## **Kommission; Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik äußert sich zur Lage im Sudan**

Am 11.11.2021 hat sich der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, zur politischen Situation im Sudan geäußert und dabei betont, dass die EU mit großer Sorge auf die willkürlichen Festnahmen in Sudan schaue, die aktuell auch täglich zunehmen würden. Die EU rufe das Militärregime dazu auf, unverzüglich alle Gefangenen freizulassen, die seit dem 25.10.2021 festgehalten werden. Die EU unterstreiche dabei ausdrücklich, dass die körperliche Integrität der Gefangenen und deren Menschenrechte in der alleinigen Verantwortung des Regimes liege. Die Sicherheitskräfte müssten unbedingt das Recht zu friedvollen Demonstrationen respektieren und zudem gewährleisten, dass der sich noch immer im Hausarrest befindliche Premierminister Abdalla Hamdok freigelassen werde bzw. ihm Wege zur Kommunikation mit der Außenwelt offengehalten werden.

[https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/107082/sudan-statement-high-representativevice-president-josep-borrell-political-situation\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/107082/sudan-statement-high-representativevice-president-josep-borrell-political-situation_en)

## **Kommission; EU zahlt Makrofinanzhilfe von 90 Mio. EUR an Albanien**

Am 05.11.2021 hat die Kommission bekannt gegeben, dass sie 90 Mio. EUR als EU-Makrofinanzhilfe an Albanien zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ausgezahlt habe. Die Zahlung stellt die zweite und letzte Tranche eines insgesamt 180 Mio. EUR umfassenden Unterstützungsprogramms für Albanien dar. Dieses ist wiederum Bestandteil des 3 Mrd. EUR schweren Soforthilfepaketes für zehn Erweiterungs- und Nachbarschaftspartner. Die Zahlung ist hauptsächlich dazu bestimmt, den albanischen Finanzsektor widerstandsfähiger zu machen und um zur Verbesserung der Regierungsführung beizutragen. Im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und ein vorhandenes parlamentarisches Mehrparteiensystem, an die solche Zahlungen immer geknüpft sind, erfülle Albanien laut Kommission weiterhin alle Voraussetzungen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5809](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5809)

## **E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t**

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 10.-11.11.2021 in Straßburg**

#### Die eskalierende humanitäre Krise an der Grenze zwischen der EU und Belarus, insbesondere in POL

In einer kurzfristig anberaumten Plenardebatte mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am 10.11.2021 brachten die MdEP ihre tiefe Besorgnis über die dramatische Krise zum Ausdruck, die sich derzeit an der POL-weißrussischen Grenze entwickelt (siehe Beitrag unter Außen- und Verteidigungspolitik).

#### EP will Medien, NGO und Zivilgesellschaft vor missbräuchlichen Klagen schützen

In einer Entschließung, die am 11.11.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU) und Roberta Metsola (EVP/MTL) mit einer Mehrheit von 444 - 48 - 75 angenommen wurde, schlagen die MdEP eine Reihe von Maßnahmen vor, um der Bedrohung von Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft in Europa durch strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (sogenannte SLAPP-Klagen) entgegenzuwirken. Die MdEP sind besorgt über die Auswirkungen dieser Klagen auf die EU-Werte, den Binnenmarkt und das EU-Justizsystem. Der Text hebt das Ungleichgewicht in Bezug auf die Machtposition und die Ressourcen zwischen den Parteien von SLAPP-Klagen hervor, wodurch der Grundsatz der Waffengleichheit und damit das Recht auf ein faires Verfahren untergraben werden. Die MdEP sind der Auffassung, dass SLAPP-Klagen besonders besorgniserregend sind, wenn sie direkt oder indirekt aus dem Staatshaushalt finanziert werden und mit anderen indirekten und direkten staatlichen Maßnahmen gegen unabhängige Medien, unabhängigen Journalismus und die Zivilgesellschaft kombiniert werden. Das EP bedauert, dass bisher kein Mitgliedstaat (MS) gezielte Rechtsvorschriften zum Schutz vor SLAPP-Klagen erlassen hat. Daher fordert es die Kommission auf, ein Maßnahmenpaket vorzulegen, das auch Rechtsvorschriften umfasst.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0451\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0451_DE.html)

#### Mehr Steuertransparenz für multinationale Unternehmen

Das EP hat am 11.11.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Evelyn Regner (S&D/AUT) und MdEP Ibán García Del Blanco (S&D/ESP) neue Vorschriften gegen Steuervermeidung mit länderbezogenen Berichten („Country-by-Country-Reporting“) gebilligt. Nach den neuen Vorschriften müssen multinationale Unternehmen und ihre

Tochtergesellschaften, die einen Jahresumsatz von mehr als 750 Mio. EUR erzielen und in mehr als einem Mitgliedstaat (MS) tätig sind, nun öffentlich machen, wie viele Steuern sie in jedem MS zahlen. Diese Informationen müssen auch im Internet auf einem Musterformblatt und in einem maschinenlesbaren Format der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Auch Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen, deren Umsatz unterhalb des Schwellenwerts liegt, müssen ihre Steuerinformationen veröffentlichen, sofern davon ausgegangen wird, dass sie nur dazu da sind, dem Unternehmen die Umgehung der neuen Berichtspflichten zu ermöglichen. Die Vorschriften enthalten auch Bestimmungen, wonach sich multinationale Unternehmen vorübergehend von bestimmten Meldepflichten befreien lassen können. Diese Bestimmungen sind jedoch eng eingegrenzt. Dem Gesetzestext zufolge erfassen Steuertransparenzberichte auch die Gebiete, die auf der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete stehen, also Länder auf der sogenannten schwarzen und grauen EU-Liste. Die MdEP hatten noch strengere Bestimmungen zur Bekämpfung der Gewinnverlagerung in Steueroasen außerhalb der EU gefordert. Doch auch mit den neuen Regeln lassen sich Steuereinnahmen aufdecken, die derzeit noch in Steueroasen verlorengehen. Im Januar 2021 hatte das EP Berichte bestätigt, nach denen sechs der 20 größten Steueroasen in der EU liegen und dass gleich zwei MS zu den sechs größten zählen. Nach einer Studie des Leiters der EU-Steuerbeobachtungsstelle fließen rund 80 % der innerhalb der EU verlagerten Gewinne in EU-Steueroasen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0446\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0446_DE.html)

#### Erweiterte Befugnisse für die EU-Asylagentur EASO

Am 11.11.2021 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Elena Yoncheva (S&D/BUL) das bestehende Mandat des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), das seit 2011 tätig ist und seinen Sitz in Valletta auf MTL hat, erweitert. Das Plenum hat die informelle Vereinbarung mit den Mitgliedstaaten (MS) vom Juni 2021 mit einer Mehrheit von 396 - 92 - 73 angenommen. Das Unterstützungsbüro wird den MS auf deren Antrag operative und technische Hilfe leisten. Dazu gehört beispielsweise die Unterstützung bei der Identifizierung und Registrierung von Drittstaatsangehörigen, die Unterstützung der nationalen Behörden bei der Abwicklung des internationalen Schutzverfahrens - auch in Krisenfällen und bei Umsiedlungs- und Neuansiedlungsmaßnahmen - sowie allgemein bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Die Agentur wird auch mit der Entwicklung von operativen Standards, Analysen und Leitlinien sowie mit Schulungen zu asylrelevanten Themen betraut. Auf Antrag der MdEP wird die Agentur die Stelle eines Grundrechtsbeauftragten schaffen, der für einen neu eingerichteten Beschwerdemechanismus zuständig sein wird. Der Grundrechtsbeauftragte wird dafür verantwortlich sein, dass die Agentur im Rahmen ihrer Tätigkeit die Grundrechte einhält. Ganz allgemein wird er für die Förderung der Achtung der Grundrechte in der EU-Asylpolitik sorgen. Die Agentur wird eine Gruppe von mindestens 500 Asylexperten aus den MS bilden, die als Mitglieder von Asylunterstützungsteams an der Seite der Experten der Agentur rasch eingesetzt werden können und vor Ort operative Unterstützung leisten. Ab dem 31.12.2023 wird die Agentur überwachen, wie die MS verschiedene Aspekte des gemeinsamen Asylsystems der EU umsetzen, um mögliche Mängel zu ermitteln. Im Rahmen dieser Überwachung kann beispielsweise geprüft werden, wie die Kriterien für die Bewertung des Schutzbedarfs und die Art des Schutzes, der den Antragstellern gewährt wird, eingehalten werden, einschließlich der Achtung der Grundrechte, des Kinderschutzes, der Einhaltung der Verfahrensgarantien und der Aufnahmebedingungen. Das umfassende Überwachungssystem und die Bestimmungen über die Kapazitäten und die Bereitschaft der MS in Situationen, in denen ihre Asylsysteme unverhältnismäßig stark



belastet werden, werden in Kraft treten, sobald die derzeitige Dublin-Verordnung ersetzt wird.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0448\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0448_DE.html)

#### Ein Jahr nach dem De-facto-Abtreibungsverbot in POL

Am 11.11.2021 hat das EP mit einer Mehrheit von 373 - 124 - 55 eine Entschließung zum Abtreibungsrecht in POL angenommen. Darin verurteilen die MdEP das Urteil des POL Verfassungsgerichts vom 22.10.2020, das ein nahezu vollständiges Verbot von Abtreibungen verhängt und die Gesundheit und das Leben von Frauen gefährdet. Sie fordern die POL Regierung auf, den Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten für alle Frauen schnell und vollständig zu gewährleisten. Die MdEP bedauern, dass Frauen aufgrund dieser restriktiven Gesetzgebung gezwungen sind, unsichere Abtreibungen vorzunehmen, ins Ausland zu reisen oder ihre Schwangerschaft gegen ihren Willen auszutragen, auch im Falle einer tödlichen Schädigung des Fötus. Das EP fordert daher die Mitgliedstaaten auf, wirksamer zusammenzuarbeiten, um den grenzüberschreitenden Zugang zum Schwangerschaftsabbruch zu erleichtern, indem sie beispielsweise polnischen Frauen den Zugang zu einem kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbruch in anderen nationalen Gesundheitssystemen ermöglichen. Die MdEP verurteilen das zunehmend feindselige und gewalttätige Umfeld für Menschenrechtsverteidigerinnen in POL und fordern die POL Behörden auf, das Recht der Frauen auf öffentliche Meinungsäußerung ohne Angst vor Repressalien oder Drohungen zu gewährleisten. Sie verurteilen auch den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten durch die Strafverfolgungsbehörden und fordern die POL Behörden auf, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Demonstranten angreifen, für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Die MdEP betonen, dass das Urteil zum Schwangerschaftsabbruch ein weiteres Beispiel für die politische Übernahme der Justiz und den systematischen Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit in POL ist. Sie fordern den Rat auf, dieses Thema in seine Untersuchung der Rechtsstaatlichkeit in POL einzubeziehen und den Umfang der Anhörungen auszuweiten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0455\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0455_DE.html)

#### Europäische politische Parteien – Bericht 2021

Am 11.11.2021 hat das EP im Bericht von MdEP Rainer Wieland (EVP/DEU) und MdEP Charles Goerens (RN/LUX) zur Bewertung der bestehenden Vorschriften über die Satzung und Finanzierung europäischer politischer Parteien mehrere Möglichkeiten zur Stärkung der europäischen Demokratie vorgeschlagen. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 428 - 92 - 49 angenommen. Die MdEP betonen, dass die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen an die Einhaltung der europäischen Werte gebunden ist. Sie begrüßen die Verschärfung der Überwachungsbestimmungen und des Verfahrens bei Verstößen, einschließlich Sanktionen und der Rückforderung von Geldern. Die Vorschriften sollten jedoch so angepasst werden, dass die Einhaltung der EU-Werte auch durch die Mitglieder der einzelnen europäischen politischen Parteien gewährleistet ist. Um dies zu erreichen, muss nach Ansicht der MdEP die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen gestärkt werden. Die Behörde sollte die gemeldeten Gesamtspenden von mehr als 3.000 EUR stärker kontrollieren, insbesondere wenn ein plötzlicher Anstieg der Gesamtzahl kleiner Spenden zu beobachten ist. Das EP wiederholt die Forderung, alle Spenden von Nicht-EU-Einrichtungen zu verbieten, und schlägt vor, dass die Behörde Spenden desselben Spenders an eine europäische politische Partei und ihre nationalen Mitgliedsparteien veröffentlichen sollte. Die MdEP fordern außerdem, dass bis 2027 Instrumente geschaffen werden, die sicherstellen,

dass Spenden, die die Transparenzgrenzen überschreiten, nicht an verschiedene juristische Personen geleistet werden, um die Vorschriften zu umgehen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0454\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0454_DE.html)

## Wirtschaft

### **Kommission; Fortschrittsbericht über die EU-Handelshilfe 2021 veröffentlicht**

Die Kommission veröffentlichte am 29.10.2021 ihren vierten Bericht über Handelshilfen unter der zuletzt 2017 veränderten EU-Strategie für Handelshilfe. Der Bericht wertet die in diesem Zusammenhang getätigten Maßnahmen der EU für das Jahr 2020 aus. Daraus geht hervor, dass die EU-Hilfen zur Verbesserung der Handelskapazitäten der Partnerländer aufgestockt und diese bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützt wurden. Der Bericht bestätigt, dass die EU und die Mitgliedstaaten im Jahr 2019 mit insgesamt 17,9 Mrd. EUR der weltweit größte Geber von Handelshilfe waren, von der rund 140 Länder und Gebiete profitierten. Dies entspricht ca. 38% der globalen Mittel für Handelshilfe und bedeutet einen Zuwachs von 12% gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2020 stellte die EU Handelshilfe in Form von Finanzgarantien und Mischfinanzierungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. EUR zur Verfügung, mit denen mehr als 10 Mrd. EUR mobilisiert werden konnten.

[https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/eu-aid-for-trade-progress-report-2021\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/eu-aid-for-trade-progress-report-2021_en.pdf)

### **Kommission; Beschluss zur Aufhebung und Veränderung von Auflagen, welche an die Gategroup zur Genehmigung der Übernahme von LSG gestellt wurden**

Die Kommission hat am 29.10.2021 dem Antrag stattgegeben, die an das schweizerischen Unternehmen Gategroup zur Freigabe des Erwerbs des europäischen Bordcatering-Geschäfts der Lufthansa Service Group (LSG) gestellten Auflagen zu ändern und teilweise aufzuheben. LSG hat seinen Sitz in Neu-Isenburg. Die Kommission hatte den Zusammenschluss der Unternehmen unter Auflagen im April 2020 genehmigt. Die nun vorgenommenen Änderungen und teilweise Aufhebung betreffen die von der Gategroup eingegangenen Verpflichtungen, bestimmte Bordverpflegungsverträge mit Fluggesellschaften an deutschen Flughäfen und bestimmte Vermögenswerte zu veräußern.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_9546](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_9546)

### **Kommission; Aussetzen der Handelsstreitigkeiten über Stahl und Aluminium und Einigung zu Gesprächen über globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und Aluminium mit den USA**

Die EU und die USA haben sich am 31.10.2021 geeinigt, den Rechtsstreit über die Zölle auf Stahl und Aluminium innerhalb der Welthandelsorganisation auszusetzen. Damit soll ein Großteil der bestehenden EU-USA-Handelsprobleme beseitigt werden und der transatlantische Handel mit Stahl und Aluminium könnte aus Sicht beider Parteien wieder zu dem Volumen vor Einführung der Zölle zurückfinden. Die Kommission kündigte einen Vorschlag zur Aussetzung der von EU-Seite eingeführten Zölle an. Zudem wurde die Aufnahme von gemeinsamen Gespräche über eine globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und Aluminium vereinbart. Mit Hilfe der globalen Vereinbarung soll die Förderung kohlenstoffarmer Produktionen von Stahl und Aluminium sowie der Handel damit gewährleistet werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5721](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5721)

### **Kommission; Bericht über nationale Solvabilitätsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen**

Die Kommission hat am 03.11.2021 einen Bericht über nationale Solvabilitätsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) veröffentlicht. Demnach konnten KMU und andere europäische Unternehmen Insolvenzen auch aufgrund einer breiten Palette nationaler Solvabilitätsmaßnahmen vermeiden, die im Zuge der Corona-Pandemie von den Mitgliedstaaten (MS) umgesetzt wurden. Der Bericht verdeutlicht, wie eine Vielzahl nationaler Maßnahmen dazu beigetragen hat, dass sich eine Liquiditätskrise für europäische Unternehmen nicht in eine breitere Solvenzkrise verwandelt. Die vorgestellten Erfahrungen zeigen, dass die MS überwiegend bewährte Maßnahmen, wie Darlehen und Eigenkapitalinstrumente, gleichzeitig jedoch auch viele MS neue Instrumente, wie nachrangige Darlehen und Mezzanine-Finanzierungen, eingesetzt haben.

<https://ec.europa.eu/growth/system/files/2021-11/SME%20Envoys%20Finance%20-%20Final%20conclusions%20on%20national%20solvency%20measures%20for%20SMEs%20October%202021.pdf>

### **Kommission; Erstes Treffen des EU – Zentralasien Wirtschaftsforums**

Am 05.11.2021 fand das EU – Zentralasien Wirtschaftsforum statt. Dabei handelte es sich um den Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen, die im Rahmen der 2019 angenommenen EU-Strategie für Zentralasien stattfinden werden. Priorität des Forums ist die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien. Im Rahmen des Forums fand ein Austausch über vorrangige Bereiche für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region Zentralasien, die nutzbringende Ergebnisse für alle gewährleisten soll, statt. Schwerpunkte bildeten die Themen grüne Erholung, Digitalisierung und bessere Unternehmensbedingungen. Die Teilnehmer bekräftigten ihr Engagement für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien, um so die Umwandlung der zentralasiatischen Volkswirtschaften in diversifizierte und wettbewerbsfähige, vom Privatsektor getragene Volkswirtschaften zu unterstützen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5841](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5841)

### **Kommission; Konsultation zur Gründung einer neuen Industrieallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe**

Die Kommission hat am 08.11.2021 eine bis zum 30.11.2021 laufende Konsultation zur Beteiligung am Mitgestaltungsprozesses bei der Gründung einer neuen Industrieallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe gestartet. Ziel der Allianz soll es sein, das Angebot und die Erschwinglichkeit von erneuerbaren und kohlenstoffarmen, gasförmigen und flüssigen Kraftstoffen zu verbessern. Der Schwerpunkt soll auf dem Luft- und dem Schiffsverkehr liegen. Die Allianz soll Teile des im Rahmen des „Fit für 55“-Pakets vorgelegten Legislativvorschläge „ReFuelEU Aviation“ und „FuelEU Maritime“ ergänzen.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/RLCF-Alliance>

### **Kommission; Berichte über die Situation und Entwicklungen im EU-Binnenmarkt für Postdienste und grenzüberschreitende Zustellung**

Die Kommission hat am 08.11.2021 zwei Berichte veröffentlicht, in denen die Situation und Entwicklungen im EU-Binnenmarkt für Postdienste und grenzüberschreitende Zustellungen unter dem derzeitigen Rechtsrahmen bewertet werden. Die Berichte zeigen, wie die Postdiensterichtlinie von 1997 und die Verordnung über die grenzüberschreitende Paketzustellung von 2018 die Modernisierung und Öffnung der europäischen Postdienste begleitet haben. Alle Bürgerinnen und Bürger in der EU

haben laut Bericht Zugang zu grundlegenden Brief- und Paketdiensten und es herrscht mehr Transparenz bei den Tarifen für grenzüberschreitende Zustelldiensten für Einzelstückpakete. Gleichzeitig verdeutlichen die Berichte, welche Veränderungen die Digitalisierung für den Binnenmarkt von Post- und Paketdiensten gebracht hat, wie die Schaffung neuer Chancen und Herausforderungen für Postbetreiber und die Veränderung der Bedürfnisse und Erwartungen der Verbraucher.

[https://ec.europa.eu/growth/news/postal-services-and-parcel-delivery-reports-highlight-success-european-single-market-rules-and\\_en](https://ec.europa.eu/growth/news/postal-services-and-parcel-delivery-reports-highlight-success-european-single-market-rules-and_en)

### **Kommission; Monitoringberichte zum COSME-Programm in 2017 und 2018**

Die Kommission hat am 08.11.2021 die Monitoringberichte für das COSME-Programm („Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises“) für die Jahre 2017 und 2018 veröffentlicht. Das COSME-Programm hatte zum Ziel die Stärkung von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) zu erreichen, indem in vier Schlüsselbereiche investiert wurde. Im Zeitraum 2014-2020 standen hierfür ca. 2,3 Mrd. EUR zur Verfügung. Der größte Anteil davon, wurde für den verbesserten Zugang der KMU zu Finanzmitteln verwendet. Insgesamt 414.739 KMU aus allen Mitgliedstaaten erhielten Finanzierungen in Höhe von rund 22,8 Mrd. EUR. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr 2017 eine leichte Steigerung dar. Es ließ sich auch eine ansteigende Marktnachfrage nach Bürgschaften und Rückbürgschaften feststellen. Daneben war ein Ziel den Zugang zu Märkten zu verbessern und die Rahmenbedingungen für KMU zu stärken. Insgesamt zeigen die Berichte, dass die zur Verfügung gestellten Mittel im COSME-Programm größtenteils ausgenutzt wurden und die gesetzten Ziele erreicht wurden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0684&qid=1636461642813&from=DE>  
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0685&from=DE>

### **Kommission; Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über Infrareal durch Gelsenwasser und Swiss Life genehmigt**

Die Kommission hat mit Beschluss vom 09.11.2021 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die Infrareal GmbH durch die deutsche Gelsenwasser AG und die Swiss Life Holding AG aus der Schweiz genehmigt. Infrareal betreibt mit seinen zwei Tochtergesellschaften, der Pharmaserv GmbH und der Pharmapark Jena GmbH, in DEU Life-Science-orientierte Gewerbeparks und bietet u. a. Standortmanagement, integrierte Infrastruktur sowie technische und logistische Dienstleistungen an. Infrareal hat in Hessen Niederlassungen in Marburg, Groß-Gerau und Frankfurt am Main. Gelsenwasser ist ein Versorgungsunternehmen für Erdgas und Frischwasser und Swiss Life bietet umfassende Lebens-, Vorsorge- und Finanzlösungen an.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2 M 104 46](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2 M 104 46)

### **Kommission; Erste Ergebnisse von neuer Flash-Eurobarometer-Umfrage zur öffentlichen Meinung in den EU-Regionen**

Die am 09.11.2021 veröffentlichten ersten Ergebnisse einer neuen Flash-Eurobarometer-Umfrage zur öffentlichen Meinung in den EU-Regionen zeigen, dass die Europäer der Ansicht sind, dass sich die Lebensqualität und die wirtschaftliche Lage in den europäischen Regionen leicht verbessert haben. Mehr als 90% der Hessen bewerten ihre Lebensqualität als gut und über 80% schauen optimistisch in die Zukunft. Hessen sieht derzeit das Thema Umwelt bzw. Klimawandel als stärkste Herausforderung für Region. Hessen stimmt mit 55% der Befragten überein, dass „NextGenerationEU“ bei der Bewältigung der Herausforderungen, vor denen die EU

steht, wirksam helfen wird. Im Vergleich sind nur 47% aller Befragten der Ansicht, dass auch der Green Deal einen wirksamen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten wird. Insgesamt zeichnet sich ab, dass die Hessen mit insgesamt 73% ein vergleichsweise starkes Vertrauen in die EU haben.

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2552>

### **Kommission; Genehmigung deutscher Beihilfe für Unternehmen der Messe- und Kongressbranche**

Die Kommission hat am 11.11.2021 eine von DEU angemeldete Beihilfemaßnahme in Höhe von 208 Mio. EUR genehmigt, die zur Entschädigung von Unternehmen der Messe- und Kongressbranche dienen soll. Dabei sollen Unternehmen Entschädigungen für auf Grund von Corona-Maßnahmen der Länder entstandene Vermögenseinbußen erhalten. Der Bund hat hierfür vorgesehen, bis zu 100% der erlittenen Einbußen zu übernehmen. Von der Beihilfe können Eigentümer und Betreiber von Messen und Unternehmen in der Kongressinfrastruktur Gebrauch machen. Zudem können auch zwischengeschaltete Unternehmen und Dritte ihnen daraus entstandene Vermögenseinbußen geltend machen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_21\\_5941](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_5941)

### **Rat; Virtuelle Konferenz „Sichere weltraumgestützte Konnektivität“**

Am 10.11.2021 fand eine virtuelle Konferenz zur Initiative der Kommission „Sichere weltraumgeschützte Konnektivität“ unter Schirmherrschaft der SLO-Ratspräsidentschaft statt. Ziel der Konferenz war es, den Stand der Initiative näher zu erörtern und Entwicklungsmöglichkeiten für Unternehmen aufzuzeigen. Die Initiative "Sichere weltraumgestützte Konnektivität" stellt neben Copernicus und Galileo den dritten Pfeiler des EU-Weltraumprogramms dar. Die Initiative setzt sich ein für besseren Schutz vor Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen. Daneben soll der Ausbau von zuverlässiger, kosteneffizienter und sicherer Konnektivität für die staatliche und gewerbliche Kommunikation ein Fokus sein. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass es zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Weltraumsektors notwendig ist, die Investitionen zu erhöhen, die Zusammenarbeit zwischen den Hauptakteuren zu verstärken und entsprechende rechtliche Regelungen einzuführen.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/sichere-weltraumgestutzte-konnektivitat-zum-nutzen-der-gesamten-gesellschaft/>

### **Rat; Tagung des Handelsrats zur Vorbereitung der nächsten Konferenz der Welthandelsorganisation**

Am 11.11.2021 tagte der Rat Auswärtige Angelegenheiten (Handel) zu den Themen Handelsbeziehung mit den USA, Reform der World Trade Organisation (WTO) und Vorbereitung der 12. WTO-Ministerkonferenz, die Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen und das Themengebiet Handel und nachhaltige Entwicklung. Die Ministerinnen und Minister hatten einen informellen Austausch mit der Handelsbeauftragten der USA. Diskutiert wurden insbesondere die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA, die Lage im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz und die Notwendigkeit, die laufenden Handelsstreitigkeiten endgültig beizulegen. In Vorbereitung auf die WTO-Ministerkonferenz wurden durch die Kommission dem Rat eine Reihe an Vorschlägen unterbreitet: Unter anderem soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, welche Vorschläge für institutionellen Reformen der WTO vorbereitet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2021/11/11/>

## V e r k e h r

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Flugdienste-Verordnung**

Die Kommission bittet im Zeitraum vom 08.11.2021 bis zum 06.12.2021 um Stellungnahmen zur Sondierung einer Folgenabschätzung im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Flugdienste-Verordnung. Die Kommission will mit einer Verbesserung der geltenden Flugdienste-Verordnung erreichen, sowohl die finanzielle Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Luftfahrtunternehmen sicherzustellen, wie auch den bestehenden Rechtsrahmen krisentauglicher zu machen und an die bestehenden Klimaziele anzupassen. Bei den in Betracht kommenden Optionen handelt es sich um eine Kombination aus Änderungen der aktuellen Verordnung, dem Erlass von Leitlinien und der Einführung von verbesserten Durchsetzungsmechanismen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13255-Überarbeitung-der-Flugdienste-Verordnung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13255-Überarbeitung-der-Flugdienste-Verordnung_de)

### **Rat; Annahme der Reform der Straßenbenutzungsgebühren (Eurovignette)**

Der Rat hat am 09.11.2021 in erster Lesung seinen Standpunkt zur Eurovignetten-Richtlinie mit weiterreichenden Reformen und Vorschriften für Straßenbenutzungsgebühren verabschiedet. Zuvor hatten der Rat und das EP bereits am 16.06.2021 eine politische Einigung erzielt. Teil der geplanten Änderungen der Richtlinie ist ein EU-weites Instrument für die Differenzierung der Infrastruktur- und Benutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge aufgrund der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Daneben sollen die Mitgliedstaaten aber weiterhin selbst entscheiden, ob sie für verschiedene Fahrzeugtypen Straßennutzungsgebühren erheben. Die Ausgestaltung einer Erhebung wird durch die Richtlinie weiter harmonisiert, um einer möglichen Diskriminierung des internationalen Verkehrs und Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/11/09/eurovignette-road-charging-reform-adopted-by-council/>

## E n e r g i e

### **Kommission; Konsultation über die Berechnungsmethode zur Menge an erneuerbarer Energie für die Kälteversorgung und die Fernkälteversorgung**

Die Kommission stellte am 28.10.2021 den Entwurf einer delegierten Verordnung über eine Methode zur Berechnung der Menge an erneuerbarer Energie für die Kälte- und Fernkälteversorgung zur Konsultation. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energie in allen Energiesektoren, einschließlich der Wärme- und Kälteversorgung, fördern. Ziel ist es nunmehr, eine Methode festzulegen, mit der berechnet werden kann, wie viel erneuerbare Energie in den Mitgliedstaaten für die Kälteversorgung und die Fernkälteversorgung genutzt wird. Rückmeldungen sind bis zum 25.11.2021 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12716-Erneuerbare-Energie-Methode-zur-Berechnung-der-Menge-an-erneuerbarer-Energie-fur-die-Kalteversorgung-und-die-Fernkalteversorgung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12716-Erneuerbare-Energie-Methode-zur-Berechnung-der-Menge-an-erneuerbarer-Energie-fur-die-Kalteversorgung-und-die-Fernkalteversorgung_de)

### **Kommission; Arbeitsprogramm für Offshore-Windenergie in der Ostsee**

Am 29.10.2021 wurde im Rahmen des Treffens der hochrangigen Gruppe für den Verbundplan für den baltischen Energiemarkt (BEMIP) ein neues Arbeitsprogramm für den Ostseeraum verabschiedet. Dieses befasst sich mit der Offshore-Windenergie.

Das Programm bestätigt die Verpflichtung der acht EU-Mitgliedstaaten des Ostseeraums zur Koordinierung der Entwicklung des Offshore-Netzes. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit sind die maritime Raumplanung mit Schwerpunkt auf der Entwicklung der Offshore-Windenergie, die Zusammenarbeit bei der Ermöglichung einer angemessenen Finanzierung sowie die Beschleunigung spezifischer baltischer Offshore-Projekte und Genehmigungen.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/energy\\_climate\\_change\\_environment/new\\_s/documents/final\\_bemip\\_offshore.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/energy_climate_change_environment/new_s/documents/final_bemip_offshore.pdf)

### **Kommission; Gemeinsame Partnerschaft von FRA, DEU, GBR, den USA und der EU für eine gerechte Energiewende mit Südafrika**

Am 02.11.2021 haben Südafrika, FRA, DEU, GBR, die USA und die EU eine neue langfristige Partnerschaft für eine gerechte Energiewende beschlossen, um die Bemühungen Südafrikas zur Dekarbonisierung zu unterstützen. Ziel der Partnerschaft ist die Beschleunigung der Dekarbonisierung der südafrikanischen Wirtschaft, wobei der Schwerpunkt auf dem Stromsektor liegt. Die Partnerschaft betont die wichtigen Bemühungen Südafrikas für einen gerechten Übergang von der Kohle zu einer emissionsarmen, klimaresistenten Wirtschaft. Im Rahmen der ersten Finanzierungsphase werden zunächst 8,5 Mrd. US-Dollar bereitgestellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5768](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5768)

### **Kommission; Interaktives Tool zur Visualisierung der Energiebilanzen**

Eurostat hat zum 09.11.2021 ein interaktives online Tool geschaffen, mit welchem die Energiebilanzen in der EU und in den einzelnen Mitgliedstaaten (MS) dargestellt werden können. Hierbei kann der Energiehaushalt der einzelnen MS und der ganzen EU nach Produktion und Import angezeigt werden. Zudem kann über das Online-Tool eine ortsspezifische Auskunft über Verbrauchsmengen und den Zugang zu den wichtigsten erneuerbaren Energiequellen abgerufen werden.

[https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy\\_balances/enbal.html](https://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy_balances/enbal.html)

### **Kommission; Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung zu Verbrennungsmotoren**

Die Kommission führt im Zeitraum vom 09.11.2021 bis zum 07.12.2021 eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung in Bezug auf Verbrennungsmotoren in nicht am Straßenverkehr teilnehmenden beweglichen Arbeitsmaschinen durch. Der Entwurf sieht eine Anpassung der Regelungen zur Überwachung von Schadstoffemissionen bei Verbrennungsmotoren vor. In den Anwendungsbereich der Verordnung sollen nun auch Motoren mit einer Leistung unter 56 kW und über 560 kW einbezogen werden. Für Verbrennungsmotoren im Bereich zwischen 56 kW und 560 kW soll die bisher geltende Verordnung unverändert weiterbestehen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13263-In-service-monitoring-of-non-road-mobile-machinery-engines-with-power-of-less-than-56-kW-or-more-than-560-kW\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13263-In-service-monitoring-of-non-road-mobile-machinery-engines-with-power-of-less-than-56-kW-or-more-than-560-kW_de)

## Digital

### **Eurostat; Statistik zum Digitalisierungsgrad europäischer Unternehmen**

Am 29.10.2021 hat Eurostat den Digital Intensity Index 2020 veröffentlicht, der den Digitalisierungsgrad von Unternehmen in der EU mit mindestens zehn Mitarbeitern anhand des Gebrauchs von 12 digitalen Technologien misst. 2020 hat nur 1% der

Unternehmen einen sehr hohen Grad digitaler Intensität erreicht, 14% erreichten ein hohes Niveau, 46% ein niedriges und 39% ein sehr niedriges Niveau bei der Nutzung digitaler Technologien. Dies ist eine leichte Verbesserung im Vergleich zu 2019. 9% der großen Unternehmen in der EU weisen eine sehr hohe digitale Intensität auf und 42% einen hohen Wert, während nur 2% der mittelgroßen Unternehmen einen sehr hohen und 25% einen hohen Wert aufweisen. Fast die Hälfte der kleinen und mittleren Unternehmen zeigt einen niedrigen Grad digitaler Intensität. FIN und DNK weisen den höchsten Anteil bei den stark digitalisierten Unternehmen auf. DEU liegt auf Platz 17. Schlusslichter sind BUL und ROM.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20211029-1>

### **EP; Anhörung der Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen**

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und weitere Ausschüsse des EP haben am 08.11.2021 in einer gemeinsamen Anhörung die Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen befragt. Frances Haugen erklärte, der derzeit von Rat und EP diskutierte Vorschlag zur EU-Plattformregulierung, der Digital Services Act (DSA), habe das Potenzial, ein globaler Standard zu werden und andere Länder, einschließlich die USA, dazu zu inspirieren, „neue Regeln zu verfolgen, die unsere Demokratien schützen“. Sie warnte jedoch, dass die Regeln in Bezug auf Transparenz, Aufsicht und Durchsetzung stark sein müssen. Andernfalls werde man eine einmalige Gelegenheit verlieren, „die Zukunft der Technologie und der Demokratie in Einklang zu bringen“. Schwerpunkte der Aussprache mit den MdEPs waren der Schutz von Minderjährigen, zielgerichtete Werbung, der Umgang mit illegalen und schädlichen Inhalten und die Durchsetzung der neuen Regelungen. Frances Haugen kritisierte Facebook deutlich. Die Plattform stelle täglich Gewinn vor Sicherheit. Sie sei bei der Bekämpfung von Desinformation und die Herabstufung schädlicher Inhalte weniger transparent als andere Plattformen und könne mehr tun, um die Algorithmen sicherer zu machen. Frances Haugen betonte, dass nur wenige Experten weltweit die Algorithmen der Plattformen verstünden und forderte eine stärkere Transparenz hinsichtlich der eingesetzten Künstlichen Intelligenz.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/imco-itre-juri-libe-inge-aida-econ-joint-hearing\\_20211108-1645-COMMITTEE-IMCO\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/imco-itre-juri-libe-inge-aida-econ-joint-hearing_20211108-1645-COMMITTEE-IMCO_vd)

### **EuG; Urteil im Rechtsstreit „Google Shopping“**

Das Gericht der EU (EuG) hat mit Urteil vom 10.11.2021 in der Rechtssache T-612/17 die Klage von Google gegen einen Bußgeldbescheid der Kommission abgewiesen und die Geldbuße in voller Höhe aufrechterhalten. Die Kommission hatte mit Beschluss vom 27.06.2017 gegen Google eine Geldbuße in Höhe von 2,42 Mrd. EUR verhängt, weil das Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht habe, indem es einem anderen Google-Produkt, seinem Preisvergleichsdienst, einen unrechtmäßigen Vorteil verschafft habe. Gegen diesen Beschluss hatten Google und Alphabet Klage beim EuG erhoben. Das EuG hat die Klage abgewiesen. Es stellt zwar klar, dass die beherrschende Stellung eines Unternehmens, selbst wenn sie eine solche wie die von Google ist, allein kein Grund ist, das betreffende Unternehmen zu kritisieren. Das gelte selbst dann, wenn das Unternehmen beabsichtigt, auf einen benachbarten Markt zu expandieren. Das EuG stellt aber fest, dass sich Google dadurch, dass es seinen eigenen Shopping-Vergleichsdienst auf seinen allgemeinen Ergebnisseiten durch eine günstigere Anzeige und Positionierung begünstigt hat, während es die Ergebnisse konkurrierender Vergleichsdienste auf diesen Seiten mit Hilfe von Ranking-Algorithmen in den Hintergrund gedrängt hat, vom Wettbewerb entfernt hat. Das EuG gibt der Klage nur insoweit statt, als die Kommission seiner Ansicht nach nicht nachgewiesen habe, dass das Verhalten von Google, auch nur potenziell,



wettbewerbswidrige Auswirkungen auf dem Markt für allgemeine Suchdienste hatte. Es erklärt deshalb die Feststellung einer Zuwiderhandlung ausschließlich in Bezug auf diesen Markt für nichtig. Ungeachtet dessen hält das EuG die verhängte Geldbuße jedoch in voller Höhe aufrecht.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-612/17>

### **Kommission; Förderung Digitalisierung und Forschung; Arbeitsprogramme**

Die Kommission hat am 10.11.2021 drei wichtige Arbeitsprogramme für das Programm Digitales Europa verabschiedet, in denen Ziele und besondere Themenbereiche zu vielen neuen Ausschreibungen im Förderprogramm aufgeführt sind. Insgesamt werden Mittel in Höhe von 1,98 Mrd. EUR ausgeschrieben. Hierbei handelt es sich um die ersten Arbeitsprogramme im Programm Digitales Europa (DEP), das zur neuen Förderperiode 2021-27 erstmals aufgelegt worden war. Grundlage ist die Rechtsverordnung zum DEP, über die sich Kommission, Rat und EP verständigt hatten. Die drei vorgelegten Arbeitsprogramme widmen sich den Bereichen Künstliche Intelligenz (KI), Cloud und Datenräume – im sog. „Hauptarbeitsprogramm“, Cybersicherheit und Europäische Zentren für digitale Innovation (Hubs). Die Kommission wird die konkreten Förderausschreibungen auf dieser Basis zeitnah veröffentlichen und weitere Ausschreibungen auch im kommenden Jahr vorsehen. Das DEP sieht u.a. folgende Themenbereiche vor: grenzübergreifende Interoperabilität, Erprobungs- und Versuchseinrichtungen für KI-gestützte Lösungen, Durchführung von Masterstudien-gängen im Digitalbereich, Quantum, Zusammenschluss von „Cloud-to-Edge“-Infrastrukturen und –Diensten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5863](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5863)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Horizont Europa; Partnerschaft; „Breakthrough Energy Catalyst“**

Anlässlich der UN-Klimakonferenz COP26 haben am 02.11.2021 Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der US-Unternehmer Bill Gates eine Partnerschaft vereinbart, um Investitionen in Klimatechnologien voranzubringen. Mithilfe der von der Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Programm „Breakthrough Energy Catalyst“ geschlossenen Partnerschaft sollen zwischen 2022 und 2026 bis zu 820 Mio. EUR mobilisiert werden, um die Einführung innovativer Technologien, die zur Erreichung der Ziele des europäischen Green Deals und der Klimaziele der EU für 2030 beitragen werden, zu beschleunigen und diese zu vermarkten. Durch jeden EUR aus öffentlichen Mitteln sollen drei EUR aus privaten Mitteln generiert werden. Die Investitionen werden in ein Portfolio EU-basierter Projekte in vier Sektoren fließen: sauberer Wasserstoff, nachhaltige Flugkraftstoffe, direkte Abscheidung aus der Luft und Energiespeicherung über lange Zeiträume. Die EU-Finanzmittel für Projekte, die im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Kommission und dem Programm „Breakthrough Energy Catalyst“ unterstützt werden, werden über das Programm InvestEU bereitgestellt und von der EIB und anderen beteiligten Finanzinstituten umgesetzt. Für die Zwecke dieser Partnerschaft wird die Finanzierung über InvestEU, durch den EU-Innovationsfonds und das Rahmenprogramm Horizont Europa garantiert.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5586](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5586)

## Finanzdienstleistungen

**Kommission; Verlängerung der Frist für Clearingdienste in GBR** Die Kommission teilte am 10.11.2021 mit, dass die übermäßige Abhängigkeit von zentralen Gegenparteien (CCPs) mit Sitz in GBR für einige Clearing-Tätigkeiten nach wie vor mittelfristig ein Risiko für die Finanzstabilität darstelle. Daher werde sie ihre Arbeit fortsetzen, um die Kapazitäten der CCPs mit Sitz in der EU auszubauen, um eine solche übermäßige Abhängigkeit zu verringern. Um jedoch möglichen kurzfristigen Finanzstabilitätsrisiken im Zusammenhang mit einer abrupten Unterbrechung des Zugangs zu Clearingdiensten zu begegnen, werde die Kommission eine Verlängerung der bis zum 30.06.2022 dauernden anerkannten Gleichwertigkeit für CCPs mit Sitz in GBR vorschlagen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_21\\_5905](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_21_5905)

## Finanzen

### **EuRH; Jahresbericht über die Agenturen der EU für das Haushaltsjahr 2020**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 29.10.2021 seinen Jahresbericht über die Agenturen der EU für das Haushaltsjahr 2020. Die Prüferinnen und Prüfer bescheinigen den Agenturen wie schon in den Vorjahren ein solides Finanzmanagement, das von den Auswirkungen der Pandemie weitgehend verschont geblieben sei. Sie bestätigten die Zuverlässigkeit der Jahresrechnungen aller 41 Agenturen und gaben bei allen Agenturen ein uneingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen ab. Auch in Bezug auf die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der den Jahresrechnungen der Agenturen zugrundeliegenden Zahlungen erteilten die Prüferinnen und Prüfer in allen Fällen ein uneingeschränktes Prüfungsurteil, mit Ausnahme der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) und der Agentur für Cybersicherheit (ENISA). Für diese drei Agenturen gaben sie eingeschränkte Prüfungsurteile ab, hauptsächlich aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei den Vergabeverfahren und Mängeln bei der Übertragung von Befugnissen zur Genehmigung von Buchungen im Haushalt.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/AGENCIES\\_2020/AGENCIES\\_2020\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/AGENCIES_2020/AGENCIES_2020_DE.pdf)

### **Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen**

Am 08.11.2021 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Paschal Donohoe. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen u.a. die makroökonomischen Entwicklungen im EUR-Währungsgebiet mit besonderem Fokus auf die steigenden Energiepreise, der Digitale EUR und die fiskalpolitische Steuerung. Am 09.11.2021 trafen sich dann die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Diskutiert wurden die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), die Vorschläge der Kommission zur Umsetzung des Basel III-Kompromisses in europäisches Recht, die geplante Reform der fiskalpolitischen Steuerung (insbesondere der Stabilitäts- und Wachstumspakt) sowie die Inflationserwartungen und mögliche Maßnahmen gegen die stark steigenden Energiepreise.

[https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2021/11/09/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council](https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2021/11/09/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council)

### **Kommission; Jahresbericht 2021 des Europäischen Fiskalausschusses**

Am 10.11.2021 veröffentlichte der Europäische Fiskalausschuss (EFB) seinen fünften Jahresbericht. Der Bericht bewertet die Umsetzung des finanzpolitischen Rahmens der EU während des ersten Jahres der Covid-19-Pandemie und erläutert die Reformvorschläge des EFB, um den Realitäten nach der Pandemie Rechnung zu tragen. Die Covid-19-Pandemie stürzte die EU in eine wirtschaftliche Rezession mit einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang des realen BIP von mehr als 6%. Vor diesem Hintergrund verschaffte eine Reihe wichtiger Maßnahmen den notwendigen politischen Handlungsspielraum, insbesondere die Aktivierung der Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts, das Pandemie-Notkaufprogramm der EZB und der EU-Wiederaufbaufonds "Next Generation EU" (NGEU). Der EFB begrüßt die Wiederaufnahme der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung und deren erklärtes Ziel, rechtzeitig vor 2023 einen Konsens zu erreichen. Der EFB befürwortet auch die Beibehaltung klarer und erkennbarer Referenzwerte für einen soliden finanzpolitischen Rahmen. Die Defizitgrenze von 3% des BIP sei nach wie vor ein nützlicher Schutz vor einer unhaltbaren Schuldendynamik. Über die Aktualisierung der EU-Fiskalregeln hinaus bekräftigt der EFB die Notwendigkeit, eine permanente zentrale Fiskalkapazität zur Stabilisierung und Regelungen zum Schutz staatlicher Investitionen zu schaffen.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/annual\\_report\\_2021\\_efb\\_en\\_1.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/annual_report_2021_efb_en_1.pdf)

### **Kommission; Europas Wirtschaft erholt sich schneller als erwartet**

Die Kommission legte am 11.11.2021 ihre Herbstprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU vor. Darin wird beschrieben, dass sich die Wirtschaft der EU schneller als erwartet von der pandemiebedingten Rezession erholt. Demnach dürfte die EU-Wirtschaft in diesem Jahr um 5% und im Jahr 2022 um 4,3% wachsen. Gleiches gelte für den EUR-Raum. Im Jahr 2023 solle das Wachstum in der EU 2,5% und im Euroraum 2,4% betragen. Im dritten Quartal 2021 habe die EU zu ihrer vor der Pandemie verzeichneten Gesamtwirtschaftsleistung zurückgefunden und habe von der Erholungsphase in eine Expansionsphase gewechselt. Zwei Faktoren beeinflussen diese Entwicklungsaussichten aber wesentlich: Einerseits werde der weitere Verlauf der COVID-19-Pandemie ausschlaggebend sein. Andererseits werde wichtig sein, wie gut die Angebotsseite mit der Nachfrage mithalten könne. Denn durch die Wiederbelebung der Wirtschaft steige die Nachfragekurve wieder an.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/ip160\\_en\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/ip160_en_0.pdf)

## Soziales

### **EP; Gleichstellungsausschuss nimmt Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2018–2020 an**

Am 28.10.2021 hat der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter anlässlich der Veröffentlichung des Index zur Gleichstellung 2021 einen Bericht angenommen, in dem vorgeschlagen wird, die Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU voranzubringen. Der Bericht wurde im Ausschuss mit 26 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört eine strengere Bestrafung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, wenn diese Frauen bei gleicher Qualifizierung und gleicher Arbeit schlechter bezahlen als Männer. Außerdem soll geschlechtsbasierte Gewalt durch neue legislative Maßnahmen strenger bestraft werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211025IPR15725/women-s-rights-meps-propose-measures-to-improve-gender-equality-in-the-eu>

### **Cedefop; Studie zur Veränderung des Arbeitsmarktes durch Künstliche Intelligenz**

Am 29.10.2021 veröffentlichte das europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) eine Studie zur Veränderung des Arbeitsmarktes durch den zunehmenden Einsatz künstlicher Intelligenz. Ergebnis der Studie ist, dass einzelne Berufe gefährdet sind, durch den Einsatz künstlicher Intelligenz überflüssig zu werden. Diese Berufsfelder beruhen auf kodifizierbarer Informationsgewinnung sowie auf sich wiederholender manueller Arbeit. Es gäbe aber wenig Anlass zur Vermutung, dass Berufe, in denen zwischenmenschliche, sozio-emotionale und Problemlösungskompetenzen gefordert werden sowie Managementberufe ebenfalls davon betroffen sind, von künstlicher Intelligenz ersetzt zu werden.

[https://www.cedefop.europa.eu/files/6206\\_en.pdf](https://www.cedefop.europa.eu/files/6206_en.pdf)

### **Kommission; Neuer europäischer digitaler Nachweis für Lernerfolge**

Am 25.10.2021 stellte die Kommission den neuen europäischen digitalen Nachweis für Lernerfolge vor. Er soll ermöglichen, europaweite Lernerfolge leichter anzuerkennen. Dabei nutzt der Nachweis dieselbe Plattform wie der europäische Lebenslauf Europass. So soll es Studierenden erleichtert werden, sich für weiterführende Bildungsprogramme oder Arbeitsangebote im europäischen Ausland zu bewerben.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10090&furtherNews=yes>

### **Eurofound; Neue Studie zu Herausforderungen der sozial gerechten Klimapolitik**

Am 29.10.2021 veröffentlichte die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) eine Studie zu den Herausforderungen einer sozial gerechten Ausgestaltung der Klimapolitik. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Förderung alternativer Mobilität und öffentlicher Verkehrsmittel sowie der Bau und die Renovierung ökologisch nachhaltiger Sozialbauwohnungen Elemente der Klimapolitik sind, die wesentlich dazu beitragen, dass Klimapolitik sozial gerecht ist und von sozial Schwachen akzeptiert wird.

[https://eurofound.mynewsdesk.com/news/targeted-measures-can-cut-carbon-emissions-and-improve-social-equality-436546?utm\\_campaign=widget&utm\\_medium=widget&utm\\_source=www.eurofound.europa.eu](https://eurofound.mynewsdesk.com/news/targeted-measures-can-cut-carbon-emissions-and-improve-social-equality-436546?utm_campaign=widget&utm_medium=widget&utm_source=www.eurofound.europa.eu)

### **Eurofound; Neue Bericht zur Digitalisierung der Arbeitswelt**

Am 25.10.2021 veröffentlichte die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) einen Bericht zur Digitalisierung der Arbeitswelt. In dem Bericht heißt es, dass die Digitalisierung zwar viele Vorteile für die Arbeitswelt bringe, man sich aber insbesondere auf neue Herausforderungen im Bereich des Datenschutzes vorbereiten müsse.

[https://eurofound.mynewsdesk.com/news/workplace-digitisation-driving-up-skills-436811?utm\\_campaign=widget&utm\\_medium=widget&utm\\_source=eurofound.sharepoint.com](https://eurofound.mynewsdesk.com/news/workplace-digitisation-driving-up-skills-436811?utm_campaign=widget&utm_medium=widget&utm_source=eurofound.sharepoint.com)

### **OSHA; Studie zu den Lehren aus der Pandemie zu Telearbeit**

Am 29.10.2021 veröffentlichte die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) einen Bericht zu den Lehren aus der Pandemie in Bezug auf Telearbeit. Mit der Pandemie hat die Anzahl der Telearbeitenden stark zugenommen. Der Bericht geht insbesondere auf die Risiken

der Muskel- und Skeletterkrankungen sowie psychosoziale Probleme bei Telearbeitenden ein.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/covid-19-telework-and-occupational-safety-and-health-what-lessons-have-we-learned>

### **ETF; Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt nach Pandemie notwendig**

Am 28.10.2021 veröffentlichte die europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) die Zusammenfassung einer Konferenz zu innovativen und angepassten politischen Maßnahmen für den Arbeitsmarkt. Diese seien nach der Pandemie von großer Bedeutung, da die Pandemie viele Veränderungen des Arbeitsmarktes mit sich gebracht habe. ETF weist insbesondere darauf hin, dass weiterhin aktiv an der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt gearbeitet werden müsse und die Einsteigerinnen und Einsteiger auf dem Arbeitsmarkt besonders gefördert werden müssen, da sich im Allgemeinen die Arbeitssituation für diese Gruppen während der Pandemie verschlechtert habe.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/flexible-and-resilient-labour-market-measures-help-people-back-work-post>

### **Kommission; Bewerbung für Expertengruppe zu Inklusion offen**

Am 04.11.2021 teilte die Kommission mit, das Bewerbungsverfahren für die Expertengruppe zu Inklusion sei bis zum 26.11.2021 geöffnet. Die Expertengruppe soll die Umsetzung der Strategie für Rechte von Personen mit Behinderungen mitgestalten.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10094&furtherNews=yes>

### **Kommission; Ankündigung eines Videowettbewerbs für EU-Bürger**

Am 08.11.2021 schrieb die Kommission einen Wettbewerb für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus. Wer ein 15 Sekunden langes Video zu einem sozialen Problem in der EU einreicht, hat die Chance verschiedene Preise zu gewinnen. Der Wettbewerb ist Teil des Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte und soll insbesondere junge Menschen für soziale Problemen in der EU sensibilisieren.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10066&furtherNews=yes>

### **Kommission; 1,4 Mio. EUR für 320 entlassene Arbeitskräfte aus der spanischen Automobilindustrie**

Am 08.11.2021 schlug die Kommission vor, mit einer Auszahlung von 1,4 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) 320 entlassene Arbeitskräfte aus ESP zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz aufgrund der COVID-19-Pandemie verloren haben. Die finanzielle Unterstützung soll dazu dienen, durch Fort- und Weiterbildung einen neuen Arbeitsplatz zu finden oder ein eigenes Unternehmen zu gründen. Der EGF hat seit seiner Gründung 2007 166 Vorhaben unterstützt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_5087](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5087)

### **Kommission; Erklärung zum Tag der Lohngleichheit**

Am 09.11.2021 veröffentlichte die Kommission eine gemeinsame Erklärung der Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, des Kommissars für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit, und der Kommissarin für Gleichheitspolitik, Helena Dalli, zum Tag der Lohngleichheit. In der Erklärung heißt es, Frauen würden in der EU durchschnittlich 86% von dem verdienen, was Männer an Gehalt bekommen. Die Kommission hat deshalb Anfang des Jahres einen

Richtlinienvorschlag über Lohntransparenz vorgelegt, der zu mehr Lohngleichheit führen soll.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_5806](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5806)

### **ELA; Eröffnung der europäischen Arbeitsbehörde in Bratislava**

Am 09.11.2021 fand eine Konferenz zur Eröffnung der europäischen Arbeitsbehörde (ELA) in Bratislava statt. Bei der Konferenz war auch Kommissar Nicolas Schmit für Beschäftigung und soziale Rechte anwesend. ELA ist die erste europäische Agentur in der Slowakei. Aufgabe von ELA ist es, die Kommission bei der Umsetzung fairer Arbeitsbedingungen in der EU zu unterstützen.

<https://ela2021conference.b2match.io/page-3501>

### **OSHA; Veröffentlichung eines Onlinetools für Sicherheit in der Hotelbranche**

Am 09.11.2021 veröffentlichte die europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) ein Onlinetool, mit dem sich kleine und mittelständische Unternehmen aus der Hotelbranche zu Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz weiterbilden können.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/reduce-workplace-risks-hospitality-industry-oir-tools>

### **Kommission; Erfolge in EU-geförderter Bekämpfung von Obdachlosigkeit in SLK**

Am 09.11.2021 besuchte Kommissar Schmit für Beschäftigung und soziale Rechte das Projekt DePaul zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit in der SLK. Mit dem Projekt werden Unterkünfte und psychosoziale Beratungsangebote für Menschen ohne Obdach zur Verfügung gestellt und mit den slowakischen regionalen Verwaltungen zusammenarbeitet, um effiziente Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit einzuführen. Das Projekt wird durch den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) gefördert. Schmit lobte das Projekt als erfolgreich und wies darauf hin, dass Obdachlosigkeit ein Problem in der gesamten EU sei.

<https://ec.europa.eu/european-social-fund-plus/en/news/esf-project-tackles-homelessness>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **Rat; Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologien**

Am 09.11.2021 verabschiedete der Rat der EU die Verordnung (VO) zur Bewertung von Gesundheitstechnologien. Mit der 2018 von der Kommission vorgeschlagenen VO wird eine koordinierte Bewertung zu neuen Gesundheitstechnologien („health technology assessment“, HTA) bei klinischen Studien und wissenschaftlicher Forschung angestrebt. Durch die Kooperation auf EU-Ebene sollen Patientinnen und Patienten sowie Unternehmen profitieren. Das Antragsverfahren soll vereinfacht werden, indem die hierfür notwendigen Unterlagen nur noch einmal für eine EU-weit Zulassung übermittelt werden müssen. Unter Gesundheitstechnologien werden Arzneimittel, Medizinprodukte, In-vitro-Diagnostika und medizinische Verfahren, Maßnahmen zur Prävention von Krankheiten sowie Diagnose- und Behandlungsverfahren verstanden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10531-2021-INIT/en/pdf>

### **EMA; Ankündigung der Frist für die Einreichung von Zulassungsverfahren 2021**

Am 29.10.2021 teilte die europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, dass Unternehmen, die ihre Zulassungen bis Ende 2021 verändern wollen, ihre Anträge bis Ende November 2021 stellen müssen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/regulatory-update-ema-encourages-companies-submit-type-i-variations-2021-november-2021>

### **EMA; Pilotprojekt zur Erforschung gewünschter Nebenwirkungen**

Am 29.10.2021 rief die europäische Arzneimittelagentur (EMA) Non-Profit Organisationen und die Wissenschaft auf, an einem Pilotprojekt teilzunehmen, welches erforschen soll, inwiefern zugelassene Medikamente weitere Nutzen haben. EMA bietet an, die Forschungsprojekte durch Expertenwissen zu unterstützen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/repurposing-authorized-medicines-pilot-support-not-profit-organisations-academia>

### **EP; Ein stärkeres Mandat für die europäische Arzneimittelagentur**

Am 28.10.2021 teilte der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit, das Mandat der europäischen Arzneimittelagentur (EMA) erweitern zu wollen. Ziel dieser Erweiterung sei es, zwei Gruppen für die Koordinierung von Engpässen einzurichten. Die eine Gruppe solle Arzneimittelengpässe, die andere Gruppe Engpässe in der medizinischen Ausrüstung koordinieren.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211019IPR15235/deal-on-stronger-role-for-eu-medicines-regulator>

### **EP; Mehr Mitspracherecht für das EP bei der neuen GD HERA**

Am 11.11.2021 stimmten die MdEP mit 479 Stimmen für, 71 Stimmen gegen und 15 Enthaltungen über das Mitspracherecht des EPs bei der neuen Generaldirektion HERA („Health Emergency Preparedness and Response Authority“) ab. Das EP möchte in verschiedene Aspekten der Arbeit von HERA einbezogen werden und nimmt mit der heutigen Abstimmung diese Forderung in das Dossier der grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen auf.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211108IPR16846/meps-updated-negotiating-mandate-on-cross-border-health-threats>

### **EuGH; Schlussanträge zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung**

Am 11.11.2021 legte der Generalanwalt Athanasios Rantos seine Schlussanträge in der Rechtssache C-485/20 vor. Ein Mann, der von HR Rail entlassen wurde, weil er aufgrund einer Behinderung seine Arbeit nicht mehr durchführen konnte, beantragte beim Conseil d'État (Staatsrat, BEL) die Aufhebung der Entscheidung, ihn zu entlassen. Der Conseil d'État hat daraufhin dem Gerichtshof die Frage vorgelegt, ob der Arbeitgeber gemäß der Richtlinie für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und zur Vermeidung jeglicher Diskriminierung wegen einer Behinderung verpflichtet war, den Beschäftigten, anstatt ihn zu entlassen, an einem anderen Arbeitsplatz zu verwenden, für den er kompetent, fähig und verfügbar war. Der Generalanwalt schlägt dem Gerichtshof vor zu urteilen, dass der Arbeitgeber dazu verpflichtet ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten dem Arbeitnehmer, der aufgrund seiner Behinderung seine Arbeitstätigkeit nicht mehr ausführen kann, eine geeignete alternative Stelle anzubieten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249082&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=40439914>

### **EuGH; Urteil zum Ausschluss der Rentenansprüche aus der Insolvenzmasse**

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 11.11.2021 in der Rechtssache C-168/20 eine Vorlagefrage des Hohen Gerichtshof von England und Wales zum Ausschluss von Rentenansprüchen aus einer Insolvenzmasse beantwortet. Zur Frage stand, ob eine Regelung gegen die Grundfreiheiten des Unionsrechts verstößt, wenn sie nur erlaubt Rentenansprüche grundsätzlich, vollständig und automatisch von der Insolvenzmasse auszuschließen, wenn das zu Grunde liegende Altersversorgungssystem im rechtlich zuständigen Mitgliedsstaat steuerlich anerkannt war. Der EuGH kam zu dem Ergebnis, dass die Niederlassungsfreiheit auch erlauben muss, dass Rentenansprüchen aus Altersversorgungssystemen die nur im Herkunfts-Mitgliedsstaat steuerrechtlich anerkannt sind, von der Insolvenzmasse in der beschriebenen Weise ausgeschlossen werden können. Eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit könne aber gerechtfertigt sein, wenn sie auf einem zwingenden Grund des Allgemeininteresses beruht.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249066&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=40941716>

### **Kommission; Verbot gefährlicher Chemikalien in Kosmetikprodukten**

Am 29.10.2021 erließ die Kommission eine neue Verordnung, die 23 krebserregende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Chemikalien (sog. CMR Substanzen) enthält, die wegen ihrer langfristigen und schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in Zukunft nicht mehr in kosmetischen Produkten in der EU verwendet werden dürfen. Das ab dem 01.03.2022 geltende Verbot soll sicherstellen, dass die in der EU verwendeten kosmetischen Produkte sicherer sind und zwar unabhängig davon, ob sie in der EU hergestellt oder importiert wurden. Dies ist die vierte Verordnung, die die Verwendung von CMR-Stoffen in kosmetischen Mitteln einschränkt und/oder verbietet. Im Laufe der Jahre hat die EU die Exposition der Bürgerinnen und Bürger gegenüber schädlichen Chemikalien erheblich reduziert.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-verbietet-23-gefaehrliche-chemikalien-kosmetikprodukten-2021-10-29\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-verbietet-23-gefaehrliche-chemikalien-kosmetikprodukten-2021-10-29_de)

## U m w e l t

### **Kommission; Konsultation zu EU-Vorschriften zur Qualität der Badegewässer**

Am 28.10.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Vorschriften für die Qualität der Badegewässer gestartet. Im Rahmen dieser Initiative wird geprüft, ob die 2006 aktualisierten Vorschriften, dazu beigetragen haben, die öffentliche Gesundheit zu schützen und die Wasserqualität zu verbessern. Außerdem wird geprüft, ob die bestehenden Vorschriften verbessert und gegebenenfalls entsprechende Aktualisierungen vorgeschlagen werden müssen. Rückmeldungen können noch bis zum 20.01.2022 gegeben werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12658-Qualitat-der-Badegewasser-Uberprufung-der-EU-Vorschriften\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12658-Qualitat-der-Badegewasser-Uberprufung-der-EU-Vorschriften_de)

### **EuGH; Schutz von Fortpflanzungsstätten des Feldhamsters**

Der EuGH verkündete am 28.10.2021 sein Urteil in der Rechtssache C-357/20, zum Schutz der Fortpflanzungsstätten streng geschützter Tiere wie des Feldhamsters. Mit seinem Urteil stärkte der EuGH das Recht der gefährdeten Tiere auf ihren Lebensraum. Laut dem Urteil müssen Fortpflanzungsstätten, die der Feldhamster nicht mehr nutzt, auch dann noch geschützt werden, wenn er mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Fortpflanzung dorthin zurückkehren könnte. Darüber hinaus stellte der EuGH auch



Unterschiede zwischen der "Beschädigung" und der "Vernichtung" einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte heraus. Das entscheidende Kriterium für die Unterscheidung zwischen diesen beiden Handlungen ist laut EuGH der Grad der Beeinträchtigung der ökologischen Funktionalität einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte - unabhängig davon, ob sie absichtlich erfolgt oder nicht.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=248291&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

### **Rat; Billigung der Zahlen zur Klimafinanzierung für das Jahr 2020**

Im Jahr 2020 wurden von der EU und ihren 27 Mitgliedstaaten (MS) 23,39 Mrd. EUR für die Klimaschutzfinanzierung bereitgestellt, um Entwicklungsländer bei der Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen und der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen. Am 29.10.2021 billigte der Rat in Vorbereitung auf die UN-Klimakonferenz (COP26) diesen Betrag. Die EU und ihre MS sind außerdem entschlossen, ihre internationale Klimafinanzierung weiter aufzustocken, um das gemeinsame Ziel der Industrienationen zu erreichen, bis zum Jahr 2025 jährlich 100 Mrd. US-Dollar zu mobilisieren. Hierfür haben sie kürzlich konkrete Zusagen gemacht, ihre Beiträge in den kommenden Jahren im Rahmen eines "Umsetzungsplans" für die Klimafinanzierung zu erhöhen.

[https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/29/council-approves-2020-climate-finance-figure/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Council+approves+2020+climate+finance+figure#](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/29/council-approves-2020-climate-finance-figure/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+approves+2020+climate+finance+figure#)

### **Kommission; Bericht über Waldbrände**

Am 29.10.2021 legte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission ihren 21. Jahresbericht über Waldbrände in der EU, dem Nahen Osten und Nordafrika vor. Aus dem Bericht geht hervor, dass trotz des erhöhten Vorbereitungsstands in den 2020 in der EU etwa 340.000 Hektar verbrannten. ROM war der am stärksten von Waldbränden betroffene Mitgliedstaat, gefolgt von PTL, ESP und ITA. Außerdem wurden laut Bericht Europas Natura 2000-Schutzgebiete durch die Flächenbrände stark beeinträchtigt. Hier beliefen sich die abgebrannten Flächen auf 136.331 Hektar. Dies ist etwas weniger als im Jahr 2019, liegt aber über dem Durchschnitt der letzten neun Jahre. In 2021 sei die Lage noch ernster: So seien zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts bereits fast 0,5 Mio. Hektar in Flammen aufgegangen, 61% davon sind Wälder, deren Erholung Jahre dauern wird. Etwa 25% der in Europa abgebrannten Gebiete gehörten zu den Natura-2000-Gebieten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5627](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5627)

### **Kommission; COP26 - Zusage von 1 Mrd. EUR für den weltweiten Schutz der Wälder**

Am 02.11.2021 kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen während des UN-Klimagipfels in Glasgow (COP26) 1 Mrd. EUR als Beitrag der EU zur globalen Finanzierung des Schutzes der Wälder an. Als fünfjähriges Unterstützungspaket aus dem EU-Haushalt soll es den Partnerländern dabei helfen, die Wälder weltweit zu schützen, wiederaufzuforsten und nachhaltig zu bewirtschaften und dadurch auch das Übereinkommen von Paris umzusetzen. Die zugesagten 1 Mrd. EUR werden über das Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ finanziert. Von diesen Mitteln sind 250 Mio. EUR für acht Länder des Kongobeckens vorgesehen. Sie dienen dem Schutz der zweitgrößten tropischen Regenwaldregion der Welt und sollen gleichzeitig die Lebensbedingungen der dortigen Bevölkerung verbessern.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_5678](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5678)

### **Kommission; COP26 - Verabschiedung des „Global Methane Pledge“**

Am 02.11.2021 haben die USA, die EU und ihre Partner offiziell den „Global Methane Pledge“ ins Leben gerufen. Dies ist eine Initiative zur Verringerung der weltweiten Methanemissionen, um die Möglichkeit zu erhalten, das Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen. Insgesamt haben über 100 Länder, die 70% der Weltwirtschaft und fast die Hälfte der anthropogenen Methanemissionen repräsentieren, die Zusage unterzeichnet. Die Länder, die sich dem „Global Methane Pledge“ angeschlossen haben, verpflichten sich zu dem gemeinsamen Ziel, die weltweiten Methanemissionen bis 2030 um mindestens 30% gegenüber dem Stand von 2020 zu reduzieren und die besten verfügbaren Methoden zur Quantifizierung der Methanemissionen einzusetzen. Die Länder, die sich dem Pledge angeschlossen haben, repräsentieren alle Regionen der Welt und umfassen Vertreter aus Industrie- und Entwicklungsländern.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement\\_21\\_5766](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_21_5766)

### **Kommission; COP26 - Zusage von 100 Mio. EUR für den Anpassungsfonds**

Am 09.11.2021 hat die Kommission im Rahmen des UN-Klimagipfels (COP26) eine neue Finanzierungszusage von 100 Mio. EUR für den Fonds zur Anpassung an den Klimawandel gemacht. Der angekündigte Betrag soll die Finanzmittel zur Unterstützung der für die Anpassung an den Klimawandel gesteckten Ziele aufzustocken und für ein besseres Gleichgewicht zwischen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu sorgen, insbesondere in den am stärksten gefährdeten Ländern und zugunsten ihrer schwächsten Bevölkerungsgruppen. Dies betrifft in erster Linie die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer. Die Anpassungsfinanzierung ist ein zentrales Thema auf der COP26 in Glasgow und hat für die Kommission eine hohe Priorität.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_5886](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_5886)

### **Kommission; Konsultation zur Festlegung von Grenzwerten persistenter organischer Schadstoffe**

Am 08.11.2021 hat die Kommission einen Entwurf einer delegierten Verordnung zur Festlegung eines Grenzwerts für Hexachlorbenzol zur Konsultation veröffentlicht. Die EU-Vorschriften setzen die internationalen Verpflichtungen der EU im Rahmen des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (chemische Stoffe) um. In Anlage A (Beseitigung) dieses Übereinkommens und in Anhang I der Verordnung (EU) 2019/1021 ist unter anderem Hexachlorbenzol aufgeführt, ein Stoff, der in Pestiziden verwendet wird. Mit dieser Initiative wird Anhang I geändert, in dem derzeit kein Grenzwert für Hexachlorbenzol als unbeabsichtigte Spurenverunreinigung in Stoffen, Gemischen und Erzeugnissen festgelegt ist. Rückmeldungen können bis zum 06.12.2021 gegeben werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13063-Persistente-organische-Schadstoffe-Festlegung-von-Grenzwerten-in-Anhang-I-Aktualisierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13063-Persistente-organische-Schadstoffe-Festlegung-von-Grenzwerten-in-Anhang-I-Aktualisierung_de)

J u s t i z

### **EuGH; Anwaltskosten für Abmahnung wegen Filesharings**

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat am 11.11.2021 in seinen Schlussanträge in der Rechtssache C-559/20 (Koch Media) die Ansicht vertreten, dass eine nationale Regelung, die den Gegenstandswert zur Berechnung der vom Verletzer zu erstattenden Anwaltskosten für eine Abmahnung auf 1.000 EUR beschränkt, wenn

die Rechtsverletzung durch eine natürliche Person außerhalb ihrer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit begangen worden ist, mit dem EU-Recht vereinbar ist, sofern die nationale Regelung es dem Gericht gestattet, sich in bestimmten Fällen aus Billigkeitsgründen über diese Beschränkung hinwegzusetzen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249084&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=40082738>

### **EuG; Streit um die Marke des Fußballvereins AC Mailand**

Der EuG hat am 10.11.2021 in der Rechtssache T 353/20 (AC Milan / EUIPO - InterES (ACM 1899 AC MILAN)) bestätigt, dass das Zeichen, welches das Wappen des Fußballvereins AC Mailand darstellt, nicht Gegenstand einer internationalen Registrierung als Marke mit Benennung der EU für Schreibwaren und Büroartikel sein kann. Die starke phonetische Ähnlichkeit und die mittlere visuelle Ähnlichkeit dieses Zeichens im Vergleich zur älteren deutschen Wortmarke MILAN rufen eine Gefahr der Verwechslung bei den Verbrauchern hervor, so dass nicht beide Zeichen gleichzeitig in der Union Schutz genießen können.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-353/20>

### **EuGH; Europäische Haftbefehle aus dem GBR**

Am 09.11.2021 hat Generalanwältin Kokott ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-479/21 PPU (Governor of Cloverhill Prison u. a.) vorgelegt. Die Generalanwältin vertritt die Auffassung, dass die Bestimmungen des Austrittsabkommens und des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit, die die Fortgeltung der Regelung über den Europäischen Haftbefehl in Bezug auf GBR vorsehen, für IRL bindend sind.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=248961&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=39452652>

I n n e r e s

### **Europol; Tabletop-Übung zur Vernichtung terroristischer Inhalte im Internet**

Am 05.11.2021 organisierte das Europäische Polizeiamt (Europol) in Zusammenarbeit mit der Kommission eine sog. „Tabletop-Übung“, um die Umsetzung des EU-Krisenprotokolls zu testen. Die Übung fand im Rahmen des EU-Internetforums statt und untersuchte die Zusammenarbeit zwischen Regierungsbehörden und der Tech-Industrie, um die virale Verbreitung von terroristischen und gewalttätigen extremistischen Inhalten im Internet nach einem terroristischen Ereignis einzudämmen. Zu den getesteten Elementen gehörten die Echtzeitkommunikation zwischen Regierungen und Online-Diensteanbietern sowie das Zusammenspiel von Prozessen in Fällen, in denen mehr als nur ein Krisenmechanismus in Gang gesetzt wird.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/tabletop-exercise-hosted-europol-to-disrupt-terrorist-content-online>

### **Frontex; Pilotprojekt zu Entry Exit System**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 05.11.2021 bekannt gegeben, dass sie ein Pilotprojekt zum Ein- und Ausreisensystem (Entry Exit System – EES) in ESP und BUL durchgeführt habe. Das EES soll Reisende aus Nicht-EU-Staaten – sowohl Inhaber von Kurzzeitvisa als auch visumfreie Reisende – bei jedem Überschreiten einer EU-Außengrenze registrieren. Es werde der Name des Reisenden, sein Reisedokument, seine biometrischen Daten (Fingerabdrücke und Gesichtsbild) sowie das Datum und den Ort der Ein- oder Ausreise unter voller

Wahrung der Grundrechte und des Datenschutzes registriert. Im Rahmen des Pilotprojektes sei die künftige EES-Umgebung simuliert worden, indem die erforderlichen Daten unter vollständiger Einhaltung der Grundrechte und der Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten erfasst und abgeglichen worden seien. Während des Versuchs hätten vier Reisende gleichzeitig unter der Aufsicht eines Grenzbeamten abgefertigt werden können, was die Effizienz des EES unter Beweis gestellt habe.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-entry-exit-system-pilot-project-6FimQn>

### **EuGH; Flüchtlingseigenschaft kann von Elternteil abgeleitet werden**

Am 09.11.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-91/20 entschieden, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) einen Mitgliedstaat (MS) grundsätzlich nicht daran hindert, zur Wahrung des Familienverbands die Flüchtlingseigenschaft automatisch kraft Ableitung von einem Elternteil, dem diese Eigenschaft zuerkannt worden ist, auf sein minderjähriges Kind zu erstrecken. Der Asylantrag der Klägerin, deren Vater Syrer ist und die selbst die tunesische Staatsangehörige hat, war durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt worden. Das in der Revisionsinstanz mit der Klage befasste Bundesverwaltungsgericht meinte, die Klägerin habe zwar keinen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft aus eigenem Recht, da sie in Tunesien effektiven Schutz erlangen könne, erfülle aber die Voraussetzungen für die Zuerkennung der abgeleiteten Flüchtlingseigenschaft zum Schutz der Familie im Asylverfahren für minderjährige ledige Kinder eines als Flüchtling anerkannten Elternteils. Danach sei die Flüchtlingseigenschaft auch einem Kind zuzuerkennen, das in DEU geboren worden sei und über seinen anderen Elternteil die Staatsangehörigkeit eines Drittstaats besitze, in dessen Hoheitsgebiet es nicht verfolgt werde. Das Gericht legte die Sache dem EuGH vor und bat um Klärung, ob eine solche Auslegung des deutschen Rechts mit der EU-Anerkennungsrichtlinie vereinbar sei. Der EuGH hat nunmehr entschieden, dass die Richtlinie einen MS nicht daran hindert, auf der Grundlage günstigerer nationaler Bestimmungen dem Kind die Flüchtlingseigenschaft kraft Ableitung zuzuerkennen. Dies gelte auch in dem Fall, dass dieses Kind im Hoheitsgebiet des MS geboren worden sei und über seinen anderen Elternteil die Staatsangehörigkeit eines anderen Drittstaats besitze, in dem es nicht Gefahr liefe, verfolgt zu werden. Allerdings dürften keine Ausschlussgründe der Richtlinie vorliegen und das Kind nicht aufgrund seiner Staatsangehörigkeit oder eines anderen Merkmals seiner persönlichen Rechtsstellung Anspruch auf eine bessere Behandlung in dem genannten Mitgliedstaat haben als die Behandlung, die sich aus der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ergebe. Für den konkreten Fall stellte der EuGH zudem klar, dass die Vereinbarkeit günstigerer nationaler Bestimmungen mit der Richtlinie nicht davon abhängen, ob es der Klägerin und ihren Eltern möglich und zumutbar sei, ihren Aufenthalt in Tunesien zu nehmen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=0BA2443760B79C26CC30E630911DC5FB?text=&docid=248901&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=39556831>

### **Frontex; Internationale Aktion gegen Handel mit gestohlenen Fahrzeugen und Migrantenschleusung**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gab am 08.11.2021 bekannt, dass im Zeitraum vom 11.10.2021 bis zum 22.10.2021 eine internationale Aktion unter dem Namen „Mobile 4“ stattfand. Die Aktion, die sich gegen den Handel mit gestohlenen Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und gestohlenen Booten sowie die Schleusung von Migranten gerichtet habe, sei unter dem Dach der Europäischen Multidisziplinären Plattform zur Bekämpfung krimineller Bedrohungen

(EMPACT) durchgeführt und neben Frontex von GRI, DEU, POL und das Europäische Polizeiamt (Europol) geleitet worden. Die Aktion habe u.a. zur Beschlagnahme von 400 Fahrzeugteilen, 140 gefälschten bzw. verfälschten Ausweis- und Fahrzeugdokumenten und zur Entdeckung von 1000 irregulären Migranten geführt.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-leads-international-action-against-stolen-vehicles-across-europe-yqqDdF>

### **CEPOL; Schulungsmaßnahme zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung im Rahmen der Westbalkan-Partnerschaft**

Die Agentur der EU für die Aus- und Fortbildung im Bereich der Strafverfolgung (CEPOL) gab am 08.11.2021 bekannt, dass im Zeitraum vom 25.10.2021 bis zum 29.10.2021 mit Unterstützung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) ein fünftägiger Schulungskurs zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung im Rahmen des Projekts "Partnerschaft gegen Kriminalität und Terrorismus in den westlichen Balkanstaaten" durchgeführt wurde. Insgesamt hätten 28 Strafverfolgungsbeamte aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien teilgenommen.

<https://www.cepola.europa.eu/media/news/cepola%E2%80%99s-western-balkans-partnership-against-crime-terrorism-project-implements-first>

### **EP; Billigung der neuen EU-Asylagentur**

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 11.11.2021 die Legislativvorschläge der Kommission zur Erweiterung des Mandats des EU-Unterstützungsbüros (EASO) und den damit verbundenen Ausbau zu einer EU-Asylagentur gebilligt. Die neue Agentur werde den Mitgliedstaaten (MS) auf deren Ersuchen operative und technische Hilfe leisten. Dazu gehöre z.B. die Unterstützung bei der Identifizierung und Registrierung von Drittstaatsangehörigen oder die Unterstützung der nationalen Behörden bei der Abwicklung des internationalen Schutzverfahrens sowie ganz allgemein bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). In der Plenarsitzung des EP hatte zudem ein Antrag eine Mehrheit, wonach die Agentur die Stelle eines Grundrechtsbeauftragten schaffen soll. Dieser soll Sorge dafür tragen, dass die Agentur bei ihrer Tätigkeit die Grundrechte der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger achtet. Ebenso werde die Asylagentur einen Pool von mind. 500 Asylexperten aus den MS einrichten, die in Eilfällen vor Ort operative Unterstützung leisten können sollen. Ab dem 31.12.2023 soll die Agentur zudem die Umsetzung des GEAS durch die MS überwachen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211108IPR16843/a-strong-eu-asylum-agency-to-support-asylum-systems-in-the-member-states>

### **EuGH; Rufbereitschaft eines Teilzeit-Feuerwehrmanns in IRL keine Arbeitszeit**

Der EuGH hat am 11.11.2021 in seinem Urteil in der Rechtssache C-214/20 entschieden, dass die ständige Rufbereitschaftszeit eines teilzeitbeschäftigten Reserve-Feuerwehrmanns, der nebenbei mit Genehmigung seines Arbeitgebers eine selbstständige berufliche Tätigkeit als Taxifahrer ausübt, keine "Arbeitszeit" im Sinn der Arbeitszeitrichtlinie darstellt. Etwas Anderes würde nur dann gelten, wenn die ständige Abrufbarkeit dazu führen würde, dass er insgesamt in der Gestaltung seines Lebens und seiner anderen Tätigkeit erheblich beeinträchtigt würde, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=249067&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=40259371>

### **ETF; Vorstellung der Initiativen für internationale Berufsbildung**

Am 08.11.2021 stellte das Europäische Zentrum für Berufsbildung (ETF) vier Initiativen vor, durch die das ETF internationale Berufsbildung fördert. Bei den vier Initiativen handelt es sich zum einen um das ETF Netzwerk von Ausbildungsstätten. Das Netzwerk ermöglicht einen Austausch der Auszubildenden. Eine weitere Initiative ist das Fähigkeitenlabor, das Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet. Die dritte Initiative ist das Qualitätssicherungsforum, welches verschiedene politische Entscheidungsträger der Berufsbildung in Kontakt bringt. Die vierte Initiative ist das Netzwerk der Ausbilderinnen und Ausbilder, welches den internationalen Austausch der Auszubildenden fördert.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/internationalising-lifelong-learning-bringing-networks-new-level>

### **ETF; Kampagne des Netzwerks der Ausbilderinnen und Ausbilder**

Am 10.11.2021 veröffentlichte das Europäische Zentrum für Berufsbildung (ETF) einen Artikel um Ausbilderinnen und Ausbilder zu werben. Diese sind dazu eingeladen, an der Kampagne zu innovativer Lehre des ETFs teilzunehmen. Zu der Kampagne gehört ein Wettbewerb, der für 2022 geplant ist, eine Konferenz zu innovativen Lehrmethoden, die am 19.11.2021 stattfindet und die Möglichkeit an einem Videoprojekt zu digitaler Lehre teilzunehmen.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/partnership-teachers-trainers-and-other-education-professionals-promote>

## E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

### **Kommission, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Aufruf im neuen ESF+-Förderprogramm „Gemeinsam für Qualität: Kinder beteiligen im Ganzttag“ angekündigt**

Am 05.11.2021 wurde ein Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen im neuen ESF+-Förderprogramm „Gemeinsam für Qualität: Kinder beteiligen im Ganzttag“ angekündigt. Das Programm im Rahmen des Europäischen Sozialfonds+ stelle eine neue Förderung im Rahmen des ESF+-Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2021-2027 dar. In diesem Programm sollen Kinder an der Ausgestaltung des Ganztagsunterrichts beteiligt werden. Ganztagschulen und Ganztagsangebote für Grundschul Kinder seien zu einem wichtigen Bestandteil der Bildungslandschaft in DEU geworden, die dazu beitragen würden, dass Eltern, Familie und Beruf vereinbaren können. Antragsberechtigt zur Förderung sind Schulträger, Träger der freien Jugendhilfe bzw. Träger der öffentlichen Jugendhilfe, welche als Träger die schulische Betreuung an Grundschulen sicherstellen. Die Förderung erfolge als Zuwendung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF+) und aus Mitteln des Bundes. Sie wird für die erste Förderphase im Rahmen der Projektförderung von Modellvorhaben in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt. Für eine Förderung im Rahmen des Programms ist u. a. erforderlich, dass die Ko-Finanzierung des Vorhabens gesichert ist. Eine Antragstellung ist ab Dezember 2021 möglich. Die Auswahl der Projekte erfolgt über ein einstufiges Verfahren. Die Antragstellung erfolgt in elektronischer Form. Der frühestmögliche Programmbeginn ist der 01.03.2022. Es ist geplant, dass einzelne Projekte (Vorhaben) je nach Situation vor Ort auch zu einem späteren Zeitpunkt gestartet werden können. Die Förderung beläuft sich auf 40% der förderfähigen

Projektkosten für das Land Hessen. Förderfähig sind Personalausgaben (eine 50% EG 11-Stelle zur Koordination des Projektes), Honorarausgaben sowie projektbezogene Sachausgaben (im Rahmen einer Pauschale). Die Förderung richtet sich dabei an Grundschulen, die folgende Kriterien erfüllen: Es sind Ganztagsangebote an mindestens drei Wochentagen mit mindestens sieben Zeitstunden vorhanden; an allen Tagen wird Mittagessen bereitgestellt und die Ganztagsangebote stehen unter der Verantwortung der Schulleitung.

<https://kinder-beteiligen-im-ganztag.de/>

### **Kommission; Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Bürgerengagement und -beteiligung angekündigt**

Am 28.10.2021 hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in den Bereichen Bürgerengagement und –beteiligung (CERV-2022-CITIZENS-CIV) angekündigt. Ziel dieser Aufforderung sei es, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der repräsentativen Verbände am demokratischen und staatsbürgerlichen Leben der Union und ihren Beitrag dazu zu fördern, indem sie ihre Ansichten in allen Bereichen der Tätigkeit der Union bekannt machen und öffentlich austauschen sollen. Die Ausschreibung ziele darauf ab, Projekte zu unterstützen, die von transnationalen Partnerschaften und Netzwerken unter direkter Beteiligung der Bürger gefördert werden. Diese Projekte sollen ein breites Spektrum von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund in Aktivitäten zusammenbringen, die in direktem Zusammenhang mit der EU-Politik stehen, und ihnen die Möglichkeit geben, sich aktiv am politischen Entscheidungsprozess der EU in Bereichen zu beteiligen, die mit den Programmzielen in Zusammenhang stehen. Mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sollen die folgenden politischen Initiativen unterstützt werden: Europäischer Aktionsplan für Demokratie, Bericht über die Unionsbürgerschaft, Strategie zur Stärkung der Anwendung der Charta der Grundrechte in der EU. Unter Beibehaltung eines Bottom-up-Ansatzes werde ein besonderer Schwerpunkt auf folgenden Themen liegen: Die Wahlen zum EP im Jahr 2024, die für die Stärkung und Förderung der Demokratie in der EU von zentraler Bedeutung seien, wobei weitere Anstrengungen erforderlich wären, um die Beteiligung der Bürger an den Wahlen zu fördern. Diese Priorität könnte auch die EU-Bürgerrechte fördern und zur Umsetzung des europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Berichts über die Unionsbürgerschaft 2020 beitragen; die Untersuchung der Frage, wie sich die COVID-19-Krise auf die demokratische Debatte und die Wahrnehmung der Grundrechte ausgewirkt habe; die innovativen demokratischen Ansätze und Instrumente, die den Bürgerinnen und Bürgern helfen würden, sich Gehör zu verschaffen und einen öffentlichen Meinungs austausch über alle Bereiche der EU-Maßnahmen zu führen, insbesondere digitale Instrumente ("E-Demokratie"); die Einbindung von Bürgern und Gemeinschaften in Diskussionen und Maßnahmen im Zusammenhang mit unserem Klima und unserer Umwelt, da es ein wachsendes Interesse der Zivilgesellschaft an Klima- und Umweltfragen und an Lösungsvorschlägen für Entscheidungsträger gäbe. Insgesamt stehen 17,5 Mio. EUR für Projekte in diesem Ausruf zur Verfügung. Einsendeschluss für Projektanträge ist der 10.02.2022. Wegen technischer Probleme kam es zu einer Verzögerung bei der Veröffentlichung des Aufrufes.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/cerv-2022-citizens-civ;callCode=null;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1,0;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=2021%20-%202027;programCcm2Id=43251589;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode>

## **Europäischer Forschungsrat; Preis für öffentliches Engagement in der Forschung ausgeschrieben**

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 04.11.2021 den zweiten Wettbewerb für den Preis zu öffentlichem Engagement in der Forschung ausgeschrieben. Der Preis soll ERC-Geförderte würdigen, die sich durch herausragende Leistungen bei der Einbindung von Zielgruppen außerhalb ihres Forschungsgebiets ausgezeichnet haben. Die drei Preise sind mit jeweils 10.000 EUR dotiert und werden in jeder der drei verschiedenen Kategorien vergeben: Involve – Bürgerwissenschaft; Inspirieren – Öffentlichkeitsarbeit und Beeinflussen - Medien und Politik. Die Einreichungsfrist endet am 03.02.2022. Mehr als 6.800 ERC-Geförderte sind zur Teilnahme am Wettbewerb berechtigt. Das Ergebnis des Wettbewerbs soll während des „EuroScience Open Forum (ESOF)“ im Juli 2022 bekannt gegeben.

<https://erc.europa.eu/managing-your-project/public-engagement-research-award>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Hybrid-Veranstaltung: Crisis Talk zum indopazifischen Raum**

Am 08.11.2021 hat die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, gemeinsam mit dem Leibniz-Forschungsverbund, wieder zu einer Veranstaltung der Reihe „Crisis Talks“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Dieses Mal sollte es um die EU-Strategie für den indopazifischen Raum gehen. In ihrem Grußwort lenkte die Ministerin den Fokus auf die Rolle der EU in der Welt und auf die Tatsache, dass die EU ihren Blick weiten müsse und genau deshalb auch der Fokus auf den indopazifischen Raum gelegt werden müsse. Andere westliche Weltmächte hätten dies bereits getan. Das Sicherheitsbündnis AUKUS habe der EU gezeigt, dass auch langjährige Partner nicht auf die EU warteten, wenn es um deren Interessen gehe. Die EU habe mit ihrer Strategie für den Indopazifik einen sehr breiten Ansatz gewählt, der weit über militärische Ambitionen hinausgehe, worin er sich auch klar von dem Ansatz der USA abhebe. Dennoch müsse sich die Union auch fragen, was sie zu leisten bereit ist, wenn z.B. Taiwan von China angegriffen würde. Die USA habe sich zu dieser Frage bereits klar positioniert. Die allumfassende Frage werde sich darum drehen, inwieweit sich die verschiedenen Ansätze des „Westens“ zu einem ganzheitlichen Ansatz gegenüber China vereinbaren ließen, so die Ministerin. Nach einem kurzen Impulsvortrag durch Dr. Christian Wirth (Leibniz), der den Fokus vor allem auf den absoluten Gegensatz zwischen dem EU-Ansatz einer wertebasierten globalen Ordnung und dem chinesischen Ansatz einer autoritär ausgestalteten Außenpolitik lenkte, folgte die Podiumsdiskussion, an der neben Dr. Wirth, MdEP David McAllister (EVP/DEU), Prof. Deitelhoff (Goethe Universität) und Dr. Reinhold Brender, Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) teilnahmen. Die Teilnehmer hielten hierbei fest, dass der Indopazifik, trotz der räumlichen Entfernung der EU dennoch ganz nah sei. Dies betreffe das Investitionsvolumen oder auch die Handelswege von Asien nach Europa. Die EU habe deshalb ein ureigenes Interesse daran, so Dr. Brender, dass die Region stabil bleibe. Einigkeit bestand auch darin, dass die Strategie den Kooperationswillen mit China nicht ausschließe und das Papier nicht als Eindämmungsmaßnahme gegenüber China zu verstehen sei. Vielmehr müsse man, so MdEP McAllister, darauf achten zu kooperieren, wenn dies möglich sei, Wettbewerb zu betreiben, wenn dies nötig sei und zu konfrontieren, wenn dies hilfreich sei. China müsse vermittelt werden, dass sich durch die indopazifische



Strategie keine Formation bilde, die sich gegen China verschworen habe und dem Recht des Stärkeren unterliege, sondern dass dies eine Koalition sei, die sich der Stärke des Rechts verschworen habe. Professorin Deitelhoff stimmte dieser Auffassung aus wissenschaftlicher Sicht ebenfalls zu, merkte aber an, dass eine solche Allianz auch berücksichtigen müsse, dass es zwischen den Ländern des indopazifischen Raums ebenfalls Spannungspotenziale gebe, die die Bildung einer solchen Allianz erschweren könnte.

## **75 Jahre Hessische Verfassung – Die Rolle der Regionen in Europa**

Ein Blick zurück, auf die Gegenwart und in die Zukunft: Wie das demokratische Hessen damals nach Kriegsende angefangen hat, welchen Anforderungen das Land durch die Entwicklung der EU gerecht werden musste und welche Rolle die Regionen bei der weiteren Gestaltung der EU spielen können. Diese Themen standen im Mittelpunkt des Gesprächs mit Karl Starzacher, Präsident des Hessischen Landtags 1991 bis 1995, und dem aktuellen Landtagspräsidenten Boris Rhein, das am 09.11.2021 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel ausgestrahlt wurde. Lisa-Hanifa Habib aus der Hessischen Staatskanzlei hat das Gespräch moderiert. „In Hessen, in DEU und Europa hat sich in diesen 75 Jahren unheimlich viel getan. Und auch heute stehen wir – wie so oft in der Geschichte der EU vor großen Herausforderungen“, sagte Europaministerin Lucia Puttrich, die zu der Diskussion eingeladen hatte. Mit der EU Zukunftskonferenz haben sich die europäischen Institutionen aufgemacht, miteinander über die künftige Struktur, ihre Ausgestaltung und ihre Ziele zu sprechen, betonte Puttrich, die den Bundesrat in der Plenarversammlung der EU-Zukunftskonferenz vertritt. Wichtig sei, dass dabei der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern im Vordergrund steht. Im anschließenden Gespräch mit den Landtagspräsidenten wurden die Entwicklung des Landes Hessen in den vergangenen 75 Jahren, seine Rolle in der EU und die Zukunft der EU näher beleuchtet. Karl Starzacher erinnerte an die schwierigen Nachkriegszeiten mit den Aufgaben des Wiederaufbaus und vor allem der Integration der deutschen Flüchtlinge. Politische Persönlichkeiten, wie Ministerpräsident Zinn, seien prägend für ein weltoffenes Hessen gewesen, das 1961 seinen ersten „Hessentag“ feierte. Hessen sei eine Erfolgsgeschichte, sagte Boris Rhein. Das Land habe es geschafft, die verschiedensten Menschen in Hessen zu integrieren. Er beschrieb Hessen als weltoffen, weltgewandt und fremdenfreundlich, was sicher auch mit dem Flughafen und der Messe zusammenhänge. Beide Landtagspräsidenten unterstrichen, dass der Beitritt DEU zur Montanunion und zur EG nach dem Krieg und den damit verbundenen furchtbaren Verbrechen des Dritten Reiches und dem Krieg ein „Demokratiewunder“ für DEU gewesen sei, dass den Frieden gesichert habe und von dem alle folgenden deutschen Generationen profitieren konnten. Zur Rolle Hessens in der EU war man sich einig, dass Hessen gut aufgestellt sei, u.a. mit Europastaatssekretär Mark Weinmeister als Vertreter Hessens im Ausschuss der Regionen (AdR) und der Landesvertretung in Brüssel. Gerade auch der Ansatz der Kooperation mit anderen europäischen Regionen im „Mehr-Regionen-Haus“ in Brüssel sei ein wichtiges Instrument, regionale Interessen zu bündeln und mit eigenen Initiativen auf die EU-Institutionen einzuwirken. Beide Gesprächspartner betonten, dass die Arbeit des AdR und dessen Initiativen die europäischen Regionen sichtbarer gemacht haben. Diskutiert wurden auch die Bestrebungen zur Durchsetzung eines Einstimmigkeitsprinzips bei Entscheidungen des Europäischen Rates sowie die Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung.

<https://www.youtube.com/watch?v=DxryMrHdg7g>

## Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Europäischer Rat

#### Rat

15.11.2021	Außenministertagung der Östlichen Partnerschaft
15.11.2021	Rat für Auswärtige Angelegenheiten
15.11.2021	Rat für Landwirtschaft und Fischerei
16.11.2021	Kooperationsrat EU-Uzbekistan
16.11.2021	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung)
18.11.2021	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion)
19.11.2021	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung)
23.11.2021	Rat für Allgemeine Angelegenheiten
25.11.2021	Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie)
26.11.2021	Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Forschung und Raumfahrt)

### Europäische Kommission

17.11.2021	<ul style="list-style-type: none"><li>- Natur: Boden, Entwaldung, Abfall Strategie für den Boden Verbringung von Abfällen Minimierung des Risikos der Entwaldung und Waldschädigung im Zusammenhang mit Produkten, die auf den EU-Markt gebracht werden</li><li>- Überprüfung der Wettbewerbspolitik</li><li>- „Global Gateway Initiative“</li></ul>
23.11.2021	<ul style="list-style-type: none"><li>- Herbstpaket des Europäischen Semesters</li><li>- Kapitalmarkt-Union Vorschlag für eine Richtlinie/Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine einheitliche europäische Anlaufstelle für die Veröffentlichung finanzieller und nichtfinanzieller Informationen durch Unternehmen (ESAP) Überarbeitung des Rahmens für den Europäischen Fonds für langfristige Investitionen (ELTIF) Überarbeitung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD) Überarbeitung der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR)</li><li>- Paket zur Stärkung der Demokratie und Integrität von Wahlen Schutz der Integrität von Wahlen und Förderung der demokratischen Beteiligung Überarbeitung der Satzung und der Finanzierung der europäischen politischen Parteien und der europäischen politischen Stiftungen Änderung der Richtlinie 93/109/EG des Rates über das Wahlrecht bei den Europawahlen</li></ul>

Änderung der Richtlinie 94/80/EG des Rates über das  
Wahlrecht bei den Kommunalwahlen  
Größere Transparenz bei bezahlter politischer Werbung

## Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 22. - 25.11.2021

Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 12. WTO-  
Ministerkonferenz vom 30.11.- 03.12.2021 in Genf -  
Erklärung der Kommission  
Einführung einer europäischen  
Sozialversicherungsnummer mit einem persönlichen  
Arbeitsausweis -Anfrage zur mündlichen Beantwortung  
Europäische Strategie für kritische Rohstoffe  
Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2018–  
2020  
Arzneimittelstrategie für Europa  
Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der von den  
Mitgliedstaaten zu erstellenden und durch den EGFL und  
den ELER zu finanzierenden Strategiepläne  
Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und  
Überwachung  
Gemeinsame Agrarpolitik: Änderung der GMO-Verordnung  
und weiterer Verordnungen  
Verurteilung von Polizeigewalt gegen Roma in der EU -  
Erklärungen des Rates und der Kommission  
Politik und Gesetzgebung für legale Migration  
Insolvenzverfahren: Ersetzung der Anhänge A und B der  
Verordnung  
Integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben:  
Beitrag der Union im Rahmen des MFR für den Zeitraum  
2021–2027  
Verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und  
Versicherungsanlageprodukte (PRIIP):  
Basisinformationsblatt. Verlängerung der  
Übergangsregelung  
Verwaltungsgesellschaften von Organismen für  
gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW):  
Verwendung von Basisinformationsblättern  
Digitalisierung der europäischen Berichterstattung,  
Überwachung und Rechnungsprüfung  
Haushaltsverfahren 2022: Ergebnis des  
Vermittlungsverfahrens  
Ein europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung seltener  
Krankheiten - Erklärung der Kommission  
Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in der Türkei  
Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2021:  
Zusätzliche Impfstoffdosen für Länder mit niedrigem  
Einkommen bzw. mit mittlerem Einkommen der unteren  
Einkommenskategorie, UCPM-Aufstockung und andere  
Anpassungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2021/001  
ES/PaísVasco metal – ESP  
Die Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Wie kann man die Welt impfen?  
Vorstellung des Jahresberichts 2020 des Rechnungshofs  
Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)

## **Ausschuss der Regionen**

- 16.11.2021 CIVEX-Fachkommission  
Ergebnisse der gemeinsamen Umfrage des AdR und der OECD zum Thema „Integration von Migranten auf subnationaler Ebene“ (Debatte)  
Agentur für Grundrechte (FRA): Die Human Rights Cities in der EU: ein Rahmen für die Stärkung der Rechte auf der lokalen Ebene (Jährlicher Dialog)
- 22.11.2021 NAT-Fachkommission  
Eine Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU (Abstimmung)  
Künftige EU-Beihilfen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländliche Gebiete (Meinungsaustausch)  
Behörde für Krisenreaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Meinungsaustausch)  
Neue EU-Waldstrategie für 2030 (Meinungsaustausch)
- 23./24.11.2021 ENVE-Fachkommission  
Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030 (Meinungsaustausch)  
Für eine sozial gerechte Umsetzung des Grünen Deals (Meinungsaustausch)  
EU-Aktionsplan: Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden (Abstimmung)  
Lokale und regionale Gebietskörperschaften als treibende Kraft für die Umsetzung der EU-Initiative für Bestäuber (Abstimmung)  
Geschlechtergleichstellung und Klimawandel: systematische Berücksichtigung der Geschlechterperspektive im europäischen Grünen Deal (Abstimmung)  
Anpassung des EHS und des CO2-Grenzausgleichssystems an die Bedürfnisse der Städte und Regionen der EU (Abstimmung)  
Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030 (Meinungsaustausch)

## Europäischer Gerichtshof

- 16.11.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-821/19 Kommission / Ungarn  
Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber
- 16.11.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-748/19 Prokuratura Rejonowa w Mińsku Mazowieckim, C-749/19 Prokuratura Rejonowa Warszawa-Żoliborz w Warszawie, C-750/19 Prokuratura Rejonowa Warszawa - Wola w Warszawie, C-751/19 Prokuratura Rejonowa w Pruszkowie, C-752/19 Prokuratura Rejonowa Warszawa - Ursynów w Warszawie, C-753/19 Prokuratura Rejonowa Warszawa - Wola w Warszawie und C-754/19 Prokuratura Rejonowa Warszawa - Wola w Warszawie  
Unabhängigkeit der Justiz in Polen
- 16.11.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-479/21 PPU Governor of Cloverhill Prison u.a.  
Sind Europäische Haftbefehle aus dem Vereinigten Königreich für Irland noch bindend?
- 16.11.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-562/21 PPU und C-563/21 PPU Openbaar Ministerie (Recht auf ein zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht)  
Vollstreckung Europäischer Haftbefehle aus Polen
- 17.11.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-588/20 Daimler (Kartelle - Müllfahrzeuge)  
Schadensersatzklage wegen kartellbedingt überhöhter Preise
- 18.11.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-793/19 SpaceNet und C-794/19 Telekom DEU,  
Vorratsdatenspeicherung in DEU  
in der Rechtssache C-140/20 Commissioner of the Garda Síochána u. a.  
Vorratsdatenspeicherung in Irland zwecks Bekämpfung schwerer Kriminalität  
sowie in den verbundenen Rechtssachen C-339/20 VD und C-397/20 SR  
Vorratsdatenspeicherung in Frankreich zwecks Bekämpfung von Insiderhandel
- 23.11.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-564/19 IS (Rechtswidrigkeit des Vorlagebeschlusses)  
Richterliche Unabhängigkeit in Ungarn
- 23.11.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-833/19 P Rat / Hamas  
Einfrieren von Geldern

25.11.2021	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-102/20 StWL Städtische Werke Lauf a.d. Pegnitz Inbox-Werbung
25.11.2021	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-488/20 Delfarma Parallelimport von Arzneimitteln
25.11.2021	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-289/20 IB (Gewöhnlicher Aufenthalt eines Ehegatten – Scheidung) Gerichtliche Zuständigkeit in Ehesachen
25.11.2021	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 233/20 job medium Finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub
25.11.2021	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-519/20 Landkreis Gifhorn Abschiebehaf

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 26.11.2021.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA